

Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald
Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät
Wirtschaftswissenschaftliche Diskussionspapiere



Die Position Estlands im internationalen Systemwettbewerb und seine wirtschaftliche Aufholpolitik

Jüri Sepp

Diskussionspapier 8/05

Dezember 2005

ISSN 1437-6989

Anschrift:

Univ.-Prof. Dr. Jüri Sepp

Universität Tartu

Narva 4

51009 Tartu

Estland

e-mail: jsepp@mtk.ut.ee

Dieses Werk ist durch Urheberrecht geschützt. Die damit begründeten Rechte, insbesondere die der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, des Nachdrucks, der Übersetzung, des Vortrags, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur in Auszügen erfolgender Verwendung, vorbehalten. Eine vollständige oder teilweise Vervielfältigung dieses Werkes ist in jedem Fall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen der jeweils geltenden Fassung des Urheberrechtsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 9. September 1965 zulässig. Grundsätzlich ist die Vervielfältigung vergütungspflichtig. Verstöße unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechtsgesetzes.

Gliederung

Einführung	2
1. Estland im internationalen Vergleich	3
1.1. Menschliche Entwicklung	3
1.2. Wettbewerbsfähigkeit	6
1.3. Wirtschaftliche Freiheit	9
2. Die estnische Aufholpolitik in der EU (im Lissabon-Prozess)	13
2.1. Makropolitik	14
2.1.1. Die Lage	14
2.1.2. Ziel 1: Makroökonomische Stabilität	18
2.1.3. Ziel 2: Nachhaltigkeit der Fiskalpolitik	22
2.1.4. Ziel 3: Wachstums- und Beschäftigungsförderung durch die Fiskalpolitik	24
2.2. Mikropolitik	27
2.2.1. Die Lage	27
2.2.2. Ziel 4: FuE, Innovation und langfristige Wettbewerbsfähigkeit	29
2.2.3. Ziel 5: Förderung des Unternehmertums (<i>Entrepreneurship</i>)	32
Zusammenfassung	35
Literatur	35

Einführung

Estland galt nach der Wende und vor dem EU-Beitritt mit seinen Grundprinzipien der Wirtschaftspolitik zu den Musterschülern der neoliberalen Ökonomen.

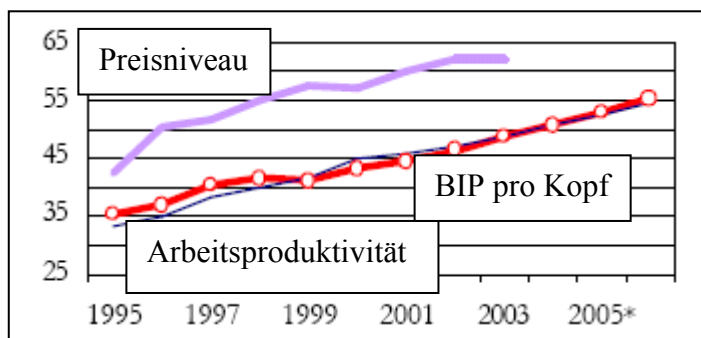
- Stabiles Geld durch *Currency-Board-System* (CB),
- Gesetzlich abgesicherte Ausgeglichenheit des Staatshaushaltes bei einem einfachen Steuersystem,
- Außenwirtschaftliche Offenheit,
- Schnelle und effiziente Privatisierung.

Diese Prinzipien prägten das Wirtschaftsleben in Estland und das Bild von Estland im Ausland kontinuierlich alle 12 Jahre seit der Währungsreform im Jahr 1992, unabhängig von den politischen Regierungswechseln. Es herrschte ein Konsens unter den parlamentarischen Kräften.

Heute ist dieser Grundkonsens wegen zwei Gründen ein wenig ins Schwanken geraten:

- soziale Probleme sind etwas im Hintergrund geblieben und drängen sich stärker auf, auch das skandinavische Sozialmodell als Vorbild hat eine Wirkung;
- man glaubt, dass, um eine neue Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung (wissensbasierte Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt) zu erreichen, der Staat mehr tun sollte.

Hierbei ist nur zu betonen, dass Estland im Systemwettbewerb in Europa bisher erfolgreich gewesen ist.¹ Das Wirtschaftswachstum ist seit 1995 mit Ausnahme von 1999 positiv und oberhalb des EU-Durchschnitts gewesen. Dadurch sind das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf und die Arbeitsproduktivität von einem knappen Drittel auf mehr als die Hälfte des EU-Durchschnitts gestiegen (Abb. 1).



Quelle: Eesti majanduskasvu ja tööhõive tegevuskava 2005-2007.

Abb. 1: Die Konvergenz Estlands mit der EU (EU25-Durchschnitt = 100)

Doch nimmt Estland innerhalb der EU nach traditionellen wirtschaftlichen Kennzahlen immer noch die Rolle eines Schlusslichtes ein, sowohl in der Makro- als auch in der Mikrobetrachtung. Die Arbeitsproduktivität betrug im Jahr 2004 50,6% des EU-Durchschnitts und nur die anderen baltischen Staaten standen hinter Estland.

¹ Eine gründliche Darstellung bis zum Jahr 2000 bietet Wrobel (2000, 2001).

In diesem Beitrag wird der Versuch unternommen, die aktuelle Situation Estlands ausführlicher zu analysieren. Im ersten Teil wird die bisherige estnische Position im sozialen, wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Wettbewerb im internationalen Vergleich betrachtet, um einerseits das Aufholziel zu präzisieren, andererseits aber auch, um die Voraussetzungen für die Zielerreichung festzustellen. Im zweiten Teil werden die Politikbereiche, die inzwischen als Aufholinstrumente für Estland innerhalb der EU vorgeschlagen worden sind, analysiert.

1. Estland im internationalen Vergleich

Zuerst werden wir unterschiedliche Rankings, die von internationalen Organisationen für qualitative Entwicklungskriterien erarbeitet worden sind, betrachten, um die Stärken und Schwächen der estnischen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft herauszufinden und die wichtigsten Aufholziele und -instrumente festzustellen. Am häufigsten werden folgende drei Kriterien, die auch empirisch operationalisiert worden sind, angewendet:

- menschliche Entwicklung, die durch den Human Development Index (HDI) der UNO gemessen wird;
- wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, operationalisiert durch entsprechende Indizes vom Weltwirtschaftsforum (WWF) und IMD (*International Institute for Management Development*);
- wirtschaftliche Freiheit, die von der *Heritage Foundation* und dem *Fraser Institute* gemessen wird.

Diese Kriterien sind als Entwicklungsziele sicher miteinander komplementär verbunden. Es besteht aber auch ein Ziel-Mittel-Verhältnis, wobei die Richtung von unten nach oben (von der wirtschaftlichen Freiheit als Mittel zur menschlichen Entwicklung als Ziel) eher einleuchtend ist. Es ist aber aus der endogenen Wirtschaftstheorie (Romer 1986) auch die umgekehrte Kausalität bekannt – Humankapital ist ein Faktor des Wirtschaftswachstums. In diesem Teil werden wir vorrangig die estnische Position bei den drei Kriterien betrachten und nur nebenbei die Ziel-Mittel-Probleme diskutieren. Die estnische Position wird mit der einiger anderer Länder verglichen. Für den Vergleich wurden größtmäßig ähnliche EU-Länder, nämlich die baltischen Nachbarländer, Finnland und Slowenien ausgewählt. Die letzteren sind für das politische Benchmarking im Sinne des *best practice* nützlich. Außerdem werden auch die Daten für Deutschland als Gastgeberland einbezogen.

1.1. Menschliche Entwicklung

Der von der UNO erarbeitete und jährlich geschätzte Human Development Index HDI beruht auf drei Komponenten, wobei zwei davon die wichtigsten Aspekte des Humankapitals widerspiegeln. Für die Gesundheit steht die durchschnittliche Lebenserwartung bei der Geburt und für den Bildungsstand eine Kombination aus Alphabetisierungsgrad und Einschulungsquote. Als dritte Komponente der menschlichen Entwicklung wird der wirtschaftliche Wohlstand, ausgedrückt im Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (in US-Dollar, Kaufkraftparität), berücksichtigt. Aus den Ausgangsdaten werden die Indizes gebildet (Tabelle 1).

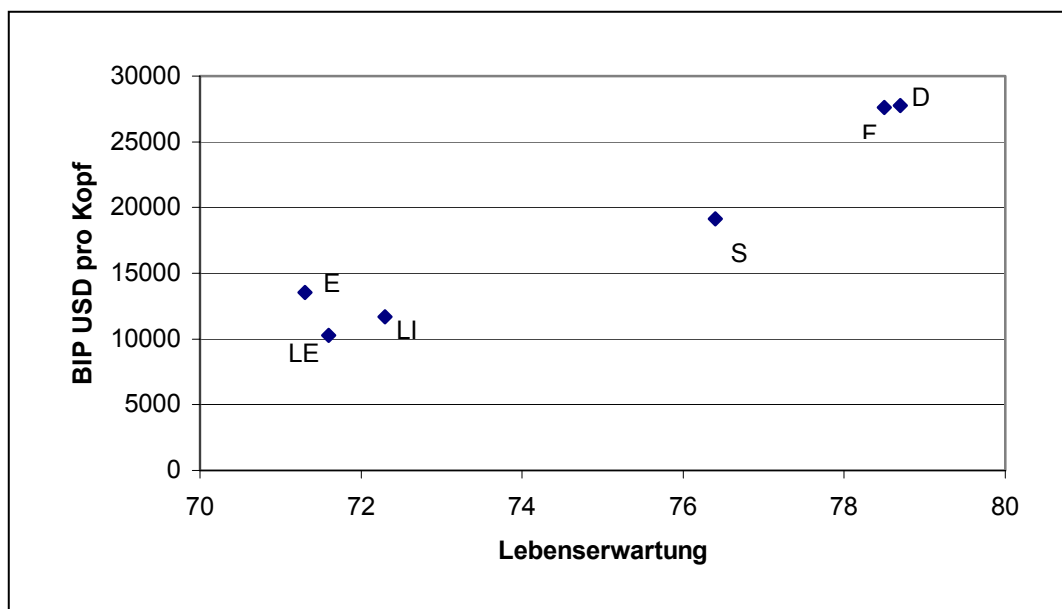
Die Abbildung 2 zeigt, dass in der zweidimensionalen Betrachtung Deutschland und Finnland das Spitzenpaar bilden, obwohl beide im internationalen Vergleich keine

Spitzenpositionen einnehmen.² Die drei baltischen Länder sind von diesem Stand noch sehr weit entfernt. Slowenien nimmt eine Zwischenposition ein.

Tab. 1: Die menschliche Entwicklung in ausgewählten Ländern im Jahr 2003

Land	Lebenserwartung (%)	Bildungsstand (%)	BIP pro Kopf (%)	HDI (%)	Platz im Ranking	Differenz ³
Finnland (F)	89	99	94	94.1	13	3
Deutschland (D)	90	96	94	93.0	20	-6
Slowenien (S)	86	98	88	90.4	26	4
Estland (E)	77	97	82	85.3	38	4
Litauen (LI)	79	97	79	85.2	39	8
Lettland (LE)	78	96	77	83.6	48	7

Quelle: Human Development Report (HDR) 2005.



Quelle: Human Development Report (HDR) 2004.

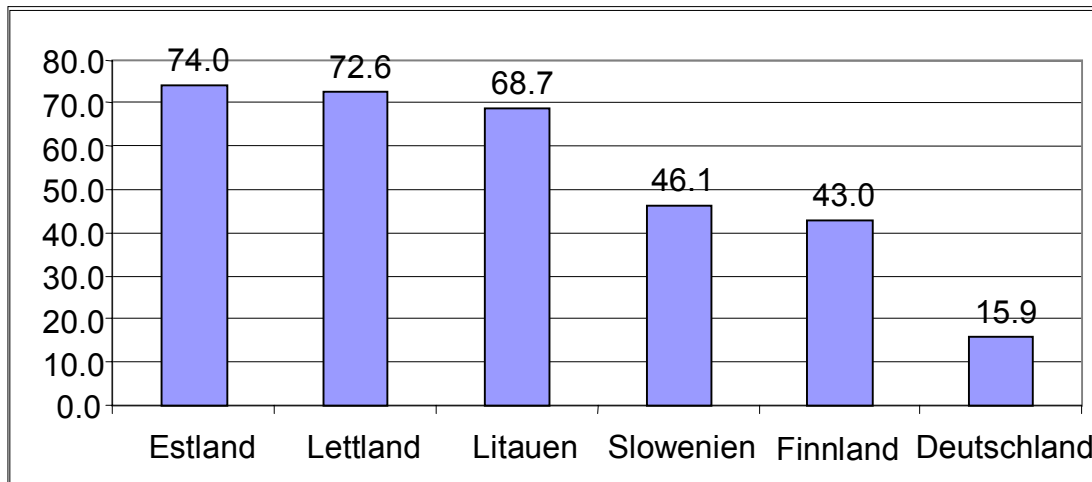
Abb. 2: Die Gruppierung ausgewählter Länder nach BIP pro Kopf und Lebenserwartung im Jahr 2003

Doch fällt die Gruppierung der Länder anders aus, wenn wir die Differenz in der letzten Spalte der Tabelle 1 betrachten. Dort steht Deutschland als Beispiel dafür, dass ein hohes Einkommen nicht automatisch auch ein entsprechendes Niveau des Humankapitals bedeutet. Lettland und Litauen wiederum erreichen eine relativ hohe Platzierung bei der menschlichen Entwicklung, ohne ein entsprechendes Einkommen zu haben. Aus der Sicht der endogenen Wachstumstheorie bedeutet das auch, dass gerade diese Länder das höchste Wachstumspotenzial haben. Die Abbildung 3 beweist, dass die realen Wachstumsraten dem auch generell entsprechen. Nur in Estland ist das Wachstum viel höher gewesen als die gegenwärtige Humankapitalposition vermuten lässt. Estland hat einfach sein Potenzial

² Zu den Spitzenreitern gehörten in den letzten Jahren Norwegen, Schweden und Australien.

³ Differenz vom Ranking nach BIP pro Kopf einerseits und HDI andererseits.

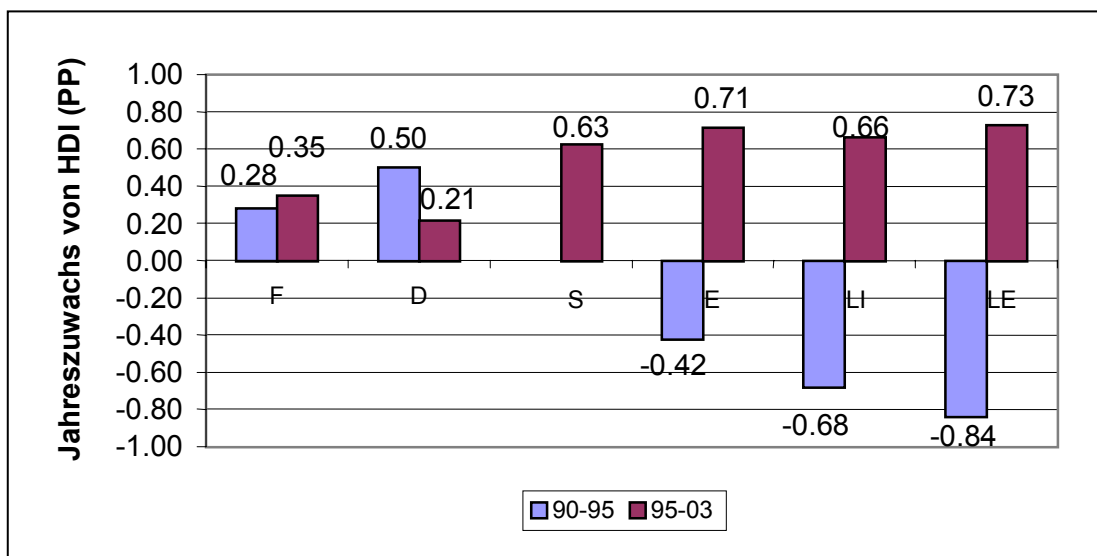
früher ausgeschöpft als andere baltische Länder. Noch im Jahr 2001 war die entsprechende Differenz in Estland 10 Plätze.



Quelle: Eurostat

Abb. 3: Wirtschaftswachstum in ausgewählten Ländern 1995-2004 (in %)

Was die Dynamik des HDI insgesamt betrifft, haben die Transformationsländer Mitte der 90er Jahren einen harten Knick durchlaufen (vgl. Abb. 4). Gerade dort ist wegen der ordnungs- und strukturpolitischen Wirtschaftskrise eine große Differenz zwischen der wirtschaftlichen und menschlichen Entwicklung entstanden. Danach hat sich der Rückstand zu den alten EU-Ländern in allen Bereichen, aber insbesondere in der Wirtschaftsleistung, allmählich reduziert.



Quelle: Human Development Report (HDR) 2004

Abb. 4: Dynamik des HDI in ausgewählten Ländern 1990-2003

1.2. Wettbewerbsfähigkeit

Das Konzept der Wettbewerbsfähigkeit wird in der Fachliteratur viel diskutiert. Obwohl es dabei nicht zu einem wirklichen Konsens gekommen ist, zeichnet sich doch eine Grundlinie ab (Trabold 1995). Zum einen wird mit dem Begriff Wettbewerbsfähigkeit die volkswirtschaftliche Leistung (*ability to earn*) bezeichnet, welche von zwei Fähigkeiten abhängig ist: einerseits der Fähigkeit, sich auf dem Weltmarkt als Verkäufer durchzusetzen (*ability to sell*) und andererseits der Fähigkeit, die mobilen Produktionsfaktoren anzulocken (*ability to attract*).

Die andere Dimension der Wettbewerbsfähigkeit bezieht sich auf die Subjekte des Wettbewerbs. Hier treten einerseits die Unternehmen und andererseits die Regierungen als Wettbewerber auf. Man kann auch von unterschiedlichen Ebenen des Wettbewerbs sprechen. Auf der Mikroebene konkurrieren die Unternehmen miteinander, hauptsächlich als Anbieter auf den Gütermärkten. Auf der Makroebene vollzieht sich der Systemwettbewerb zwischen Regierungen bzw. Jurisdiktionen um mobile Produktionsfaktoren, wobei zwei Instrumente eine Hauptrolle spielen: die Institutionen und die Infrastruktur. Man spricht in diesem Zusammenhang auch von Standortwettbewerb.

Diese Grundannahmen liegen auch der empirischen Forschung zugrunde. Zum Beispiel gliedert das IMD in seinem *World Competitiveness Yearbook* (WCY) die Wettbewerbsfähigkeit in vier Teilbereiche, wobei jeder Bereich durch viele Einzelindikatoren gekennzeichnet wird:

- Makroökonomische Leistung (83 Indikatoren),
- Effizienz der Regierung (77 Indikatoren),
- Infrastruktur (94 Indikatoren),
- Effizienz der Unternehmen (69 Indikatoren).

Sicher wäre es auch hier interessant, die Kausalität zwischen den Komponenten zu untersuchen. Wir bleiben jedoch zunächst bei der einfachen Aggregation.

Man kann feststellen, dass Estland im internationalen Vergleich bei der Wettbewerbsfähigkeit deutlich höher eingestuft wird als bei der menschlichen Entwicklung. Estland hat die beste Position unter den neuen EU-Ländern behalten, was sicherlich gute Chancen für die Konvergenz und eine Erklärung für die vom Standpunkt des Humankapitals erstaunlich hohe Wachstumsraten bietet. Hier dürfte sich insbesondere die gute Wirtschaftspolitik der estnischen Regierung (insbesondere verglichen mit Slowenien und Deutschland) positiv auswirken (Tabelle 2).

Tab. 2: Wettbewerbsfähigkeit und ihre Komponenten in ausgewählten Ländern im Jahre 2004⁴ (Platz im Ranking)

Land	Allgemein	Makro- ökonomische Leistung	Effizienz der Regierung	Infrastruktur	Effizienz der Unter- nehmen
Finnland	8	31	4	7	10
Deutschland	21	4	34	10	34
Estland	28	29	15	35	31
Slowenien	45	33	47	38	51

Quelle: WCY 2004.

Am höchsten sind im Rahmen der Regierungseffizienz die Staatsfinanzen (*Public Finance*) und am niedrigsten die Steuerbelastung (*Fiscal Policy*) und das soziale Umfeld (*Social Framework*) bewertet (nach WCY 2005 entsprechend 7. und 26. Position, insgesamt Verbesserung auf Platz 13). Eine Schwachstelle bildet die Infrastruktur, die zweifellos verbesserungsbedürftig ist. Insbesondere kritisch wird das Gesundheitswesen angesehen.

Das zweite bedeutende Ranking stammt vom Weltwirtschaftsforum und wird jährlich im *Global Competitiveness Report* (GCR) veröffentlicht. Hier werden sogar zwei Indizes vorgeführt. Der erste, der so genannte Wachstumsindex GCI (*Growth Competitiveness Index*), wurde von Sachs/McArthur entwickelt und hat drei Hauptkomponenten:

- Verbreitung der Informations- und Kommunikationstechnologien,
- mikroökonomische Rahmenbedingungen (Unternehmensrecht und Korruption),
- makroökonomische Bedingungen (Preisstabilität, Kreditrisiko, Regierungsausgaben).

Der zweite Index, der BCI (*Business Competitiveness Index*), ist im eigentlichen Wortsinn ein Unternehmensindex. Doch werden hier neben der Unternehmensführung auch die Rahmenbedingungen für die Unternehmen und dadurch die Wettbewerbsfähigkeit der Regierungen im Institutionenwettbewerb berücksichtigt.

Nach dem Wachstumsindex, der die Wettbewerbsfähigkeit eher im Systemwettbewerb kennzeichnet, befindet sich Estland wieder unter den Transformationsländern mit dem größten Wachstumspotenzial (vgl. Tabelle 3). Besonders günstig wird die Verbreitung der Informations- und Kommunikationstechnologien eingeschätzt. Sicher hat hier auch *best practice*, vermittelt durch das Nachbarland Finnland, das das Ranking anführt, eine Rolle gespielt.

⁴ Lettland und Litauen wurden nicht bewertet.

Tab. 3: Platz im GCI-Ranking der ausgewählten Länder im Jahr 2004

Land	Insgesamt	Neue Technologien	Mikrorahmen	Makroökonomische Lage
Finnland	1	3	3	3
Deutschland	13	12	11	26
Estland	20	15	26	30
Slowenien	33	26	31	39
Litauen	36	33	43	33
Lettland	44	36	52	37

Quelle: GCR 2004.

Nach dem Unternehmensindex hat Finnland die zweite Position nach den USA. Estland platziert sich wieder als bestes Transformationsland auf Platz 27, wobei die Rahmenbedingungen besser sind als die Unternehmensführung (vgl. Tabelle 4).

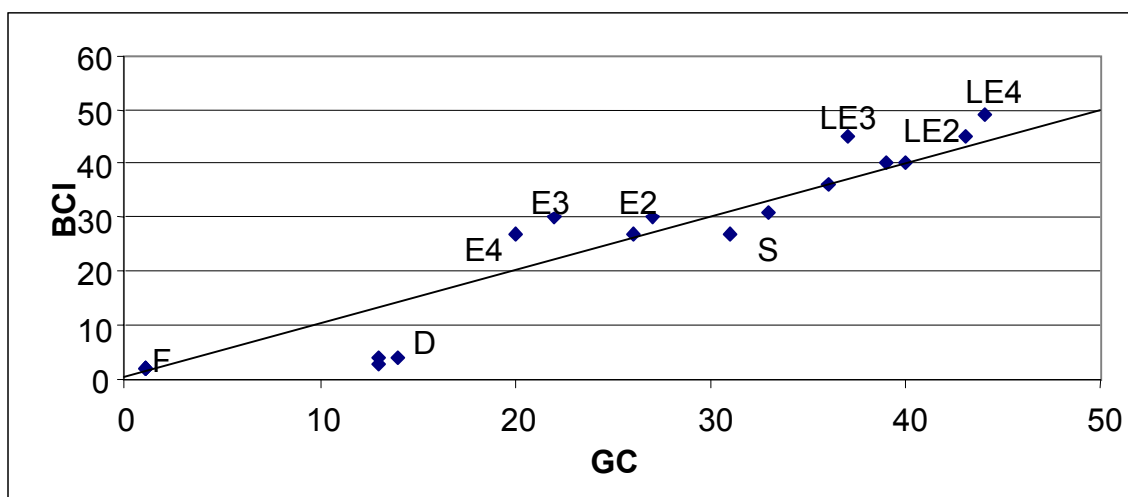
Die zwei Indizes sind erwartungsgemäß sehr dicht korreliert, doch bestehen auch Abweichungen von der Trendlinie. Von den ausgewählten Ländern sind Deutschland und Slowenien diejenigen, die ihre relative Wettbewerbsstärke auf der Unternehmensebene⁵ haben, während Estland und Lettland diese auf der Regierungsebene besitzen (vgl. Abb. 5). Das Gesamtbild wird dadurch bestätigt – Estland hat während der Transformation günstige Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Konvergenz aufgebaut und diese auch international gut vermarktet.

Tab. 4: Platz im BCI-Ranking der ausgewählten Länder im Jahr 2004

Land	Insgesamt	Unternehmensführung	Rahmenbedingungen
Finnland	2	7	1
Deutschland	3	1	5
Estland	27	34	24
Slowenien	31	27	33
Litauen	36	37	35
Lettland	49	51	48

Quelle: GCR 2004.

⁵ Merkwürdig ist, dass das IMD das anders sieht und die Unternehmenseffizienz in diesen Ländern relativ niedrig einschätzt. Ein Grund dafür ist, dass das IMD auch die Rahmenbedingungen auf den Arbeits- und Finanzmärkten einbezieht und so das Ergebnis eigentlich mehr dem gesamten BCI entspricht.



Quelle: GCR 2002-2004.

Abb. 5: Relative Position ausgewählter Länder nach GCI und BCI 2002-2004

1.3. Wirtschaftliche Freiheit

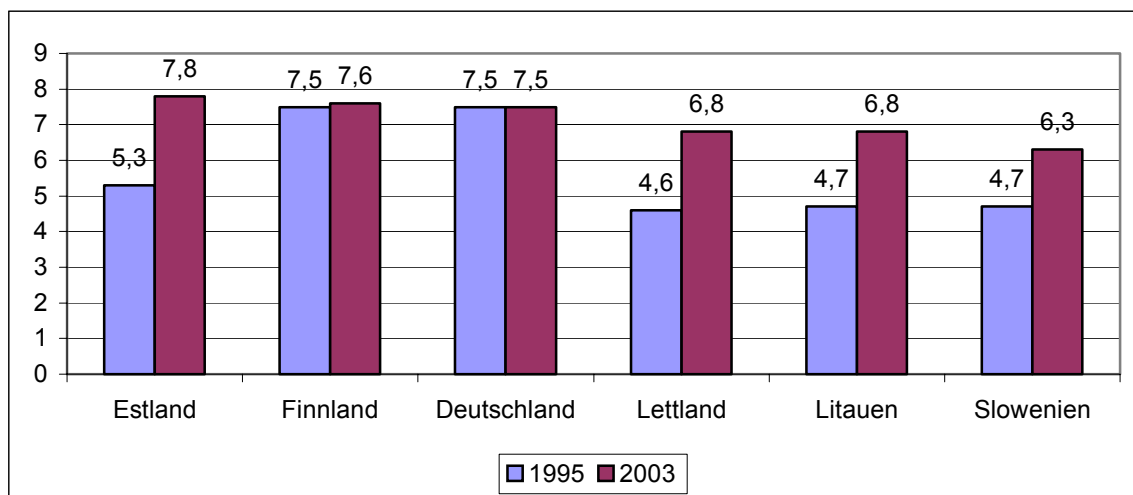
Die wirtschaftliche Freiheit wird in der Fachliteratur als bester Indikator für die institutionelle Qualität einer Volkswirtschaft eingeschätzt und das ist wiederum neben dem Humankapital die zweite Säule in der modernen Wachstumstheorie. Insbesondere hat Douglass North (1990) hier die theoretischen Grundlagen erarbeitet. Einige Institutionenökonomern behaupten sogar, dass die klassische (produktionstheoretische) Wachstumstheorie für die Wirtschaftspolitik irreführend sein kann (Holcombe 2001, 629). Die Misserfolge der Entwicklungshilfe sprechen dafür. Jedoch wäre es sinnvoll, beide Theorien eher als komplementär zu betrachten – jede hat eine eigene Rolle. Die Ökonomen und Politiker stehen vor der Aufgabe, sie zu integrieren.

Den Kern wirtschaftlicher Freiheit bilden (meistens vom Staat) geschützte individuelle Verfügungsrechte. Hier kann man schon die Probleme für die Messung der wirtschaftlichen Freiheit erkennen. Es ist eine differenzierte Betrachtung der Rolle des Staates notwendig. Keineswegs ist der Minimalstaat anzustreben. Um die Verfügungsrechte zu gewähren, ist der starke Staat nötig. Wenn aber der Staat aus Eigeninitiative in die Wirtschaft eingreift, ist es für die individuelle Freiheit oft eine Behinderung und als solche abzulehnen (siehe auch Voigt, 164-165).

Es gibt viele empirische Untersuchungen, die die positive Einwirkung der wirtschaftlichen Freiheit auf die wirtschaftliche Entwicklung bestätigen, sowohl statisch auf die Wirtschaftsleistung als auch dynamisch auf das Wirtschaftswachstum (Erlei/Leschke/Sauerland 1999, Scully 2001, Rajasalu 2003 u.a.). Und das trotz der kurzen Geschichte der Messung der wirtschaftlichen Freiheit. Erst in den 1980er Jahren begann das *Fraser Institute* (FI) in Kanada eine entsprechende Arbeit und publizierte die erste Vergleichsanalyse (retrospektiv bis zum Jahr 1975) im Jahr 1996 (Gwartney/Lawson/Block 1996). Die *Heritage Foundation* (HF) veröffentlicht ihre Jahresberichte seit 1995. Vorher versuchten die Wissenschaftler, die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft indirekt über die Demokratieforschung zu operationalisieren. Doch haben die Ergebnisse gezeigt, dass die Verbindung zwischen Demokratie und Wirtschaftsleistung nicht eindeutig ist (Voigt 2002, 148). Der Grund dafür ist in der möglichen Verwässerung der Verfügungsrechte der Einzelnen durch demokratisch-

populistische Mehrheitsentscheidungen zu suchen. Die europäischen Wohlfahrtsstaaten (darunter auch Deutschland) sind ein gutes Beispiel dafür.

In den FI- und HF-Rankings werden fast ausschließlich die Institutionen und Politik und nicht die erreichte objektive Wirtschaftsleistung (*ability to earn*) begutachtet. In dieser Hinsicht spiegeln sie das Entwicklungspotenzial der Länder besser wider als die allgemeinen Kennzahlen der Wettbewerbsfähigkeit, die eine Mischung des Potenzials und des Erreichten anzeigen.



Quelle: Gwartney/Lawson 2005

Abb. 6: Wirtschaftliche Freiheit nach FI in ausgewählten Ländern 1995-2003

Estland ist nach dem FI-Index⁶ wieder das erfolgreichste Transformationsland (Abb. 6) und hat seine Position in der Rangliste ständig verbessert – vom 75. Platz im Jahr 1995 auf Platz 9 im Jahr 2003. Stark gestiegen sind in der Liste auch andere baltische Länder.

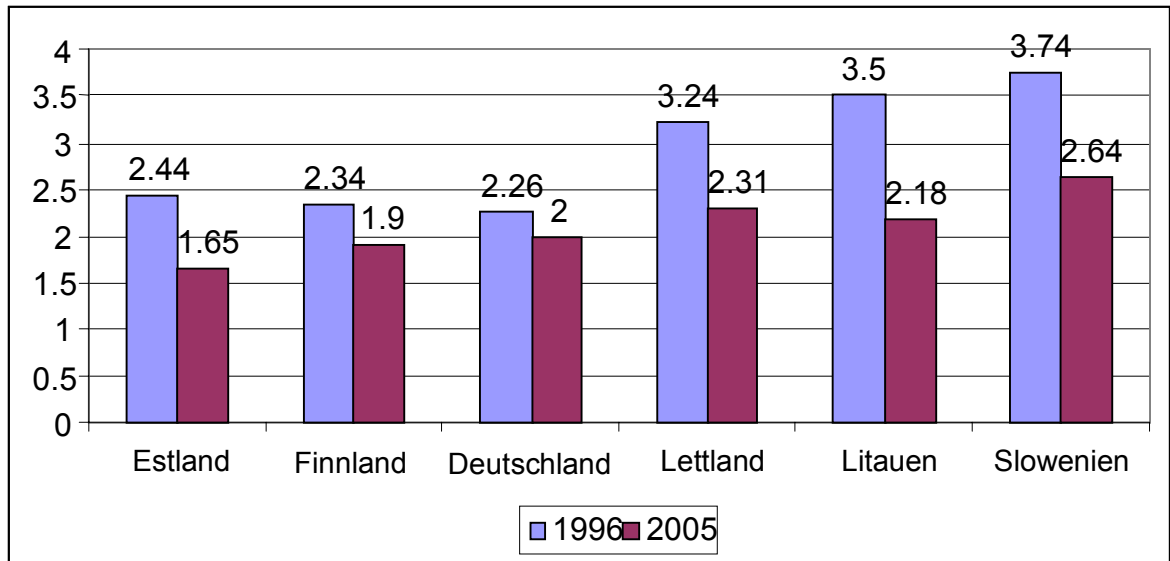
Der größte Erfolg ist mit der Bekämpfung der Inflation verbunden (Tabelle 5). Problematisch wird es nach dem EU-Beitritt mit der außenwirtschaftlichen Freiheit, weil bis dahin in Estland die Zölle fehlten. Zur Zeit ist die relative Größe des öffentlichen Haushalts die estnische Schwachstelle – Estland ist kein Niedrigsteuerland. Insgesamt hat Estland aber im letzten Jahr auch Deutschland und Finnland überholt. Diese Tatsache spiegelt sich sicher auch in unterschiedlichen Wachstumsraten wider.

Tab. 5: Wirtschaftliche Freiheit in Estland nach FI 1995-2003

Komponenten	1995	2003
1. Größe der Regierung (5)	4.4	6.5
2. Rechtssystem und Verfügungsrechte (5)	6.5	7.0
3. Gesundes Geld (4)	2.3	9.7
4. Außenwirtschaftliche Freiheit (9)	8.6	8.6
5. Regulierung (15)	6.2	7.0
Insgesamt	5.6	7.8

Quelle: Gwartney/Lawson 2005

⁶ Auf einer 10-Punkte-Skala werden die Länder in 5 Bereichen durch 38 Kennzahlen bewertet und die Ergebnisse aggregiert.



Quelle: Heritage Foundation 2005

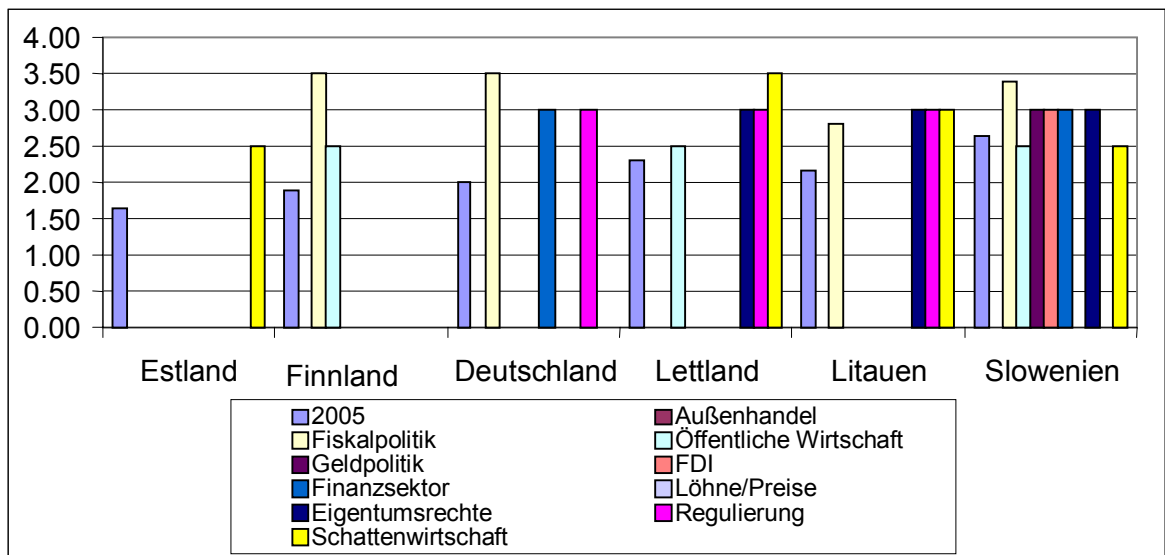
Abb. 7. Wirtschaftliche Freiheit nach HI in ausgewählten Ländern 1996-2005

Diese Schlussfolgerung wird durch die *Heritage Foundation* bestätigt, welche ein eigenes Länder-Ranking nach der wirtschaftlichen Freiheit⁷ aufstellt. In diesem Ranking erreicht Estland wieder die beste Position unter den ausgewählten Ländern, und für das Jahr 2005 setzt die HF Estland mit 1,65 Punkten sogar auf Platz 4 in der Welt (Abb. 7).

Die Führung haben hier (wie auch beim FI) Hongkong und Singapur. Die Dynamik ist aber für alle baltischen Länder und Slowenien günstig. Diese Länder haben sich in den letzten Jahren um mindestens 20 Plätze im Ranking verbessert. Am besten schneidet hier Litauen ab. In neun Jahren (1996-2005) hat seine Bewertung sich um 1,32 Punkte verbessert. Die älteren Marktwirtschaften weisen mehr Stabilität auf.

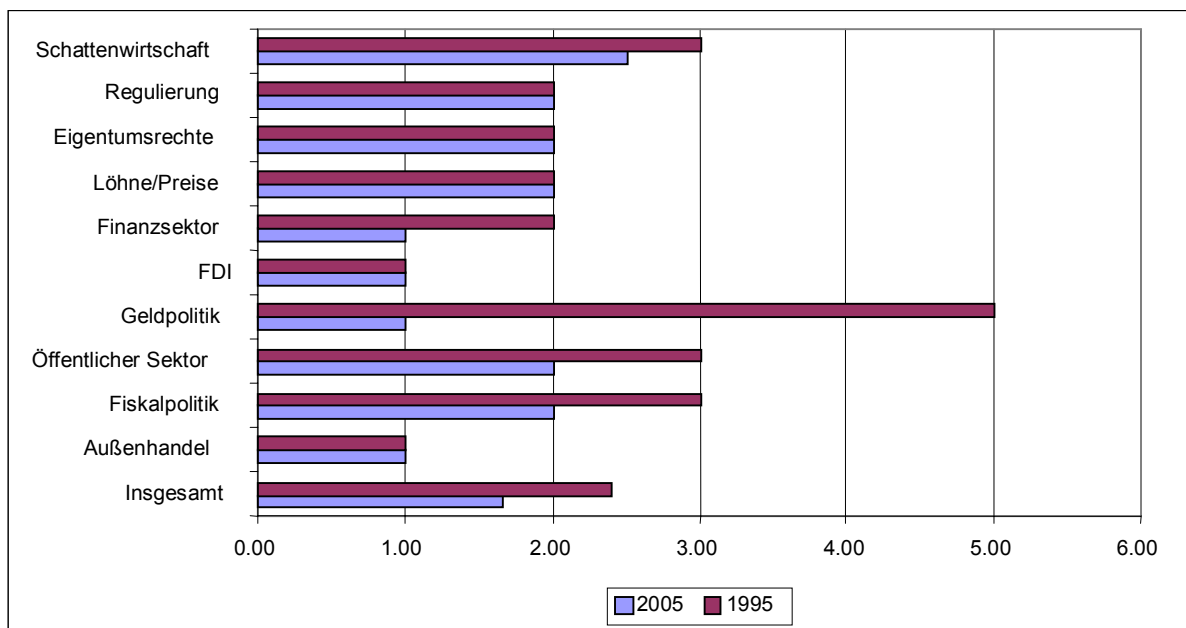
Die kritischen Punkte der Politik (Note höher als 2) greift die Abb. 8 auf. Im Vergleich mit den alten EU-Ländern weisen die jüngeren Marktwirtschaften einen höheren Anteil an Schattenwirtschaft und Korruption auf, obwohl Estland und Slowenien nach Angaben der *Transparency International* in dieser Hinsicht die besten unter den Transformationsländern sind. Der Korruptionswahrnehmungsindex erreichte im Jahr 2003 auf einer 10-Punkte-Skala Werte von 5,5 und 5,9 (Plätze 33 und 29), wobei Finnland die Spitzenposition mit 9,7 inne hatte. Deutschland befand sich mit 7,7 Punkten auf Platz 16, Litauen mit 4,7 auf Platz 41 und Lettland mit 3,8 erst auf Platz 57.

⁷ Auf einer 5-Punkte-Skala werden die Länder mit weniger als 2 Punkten als frei und mit weniger als 3 Punkten als fast frei betrachtet. Die Gesamtnote setzt sich aus 10 Komponenten zusammen.



Quelle: Heritage Foundation 2005

Abb. 8: Wirtschaftliche Freiheit und ihre kritischen Komponenten in ausgewählten Ländern im Jahr 2005



Quelle: Heritage Foundation 2005

Abb. 9: Wirtschaftliche Freiheit in Estland nach HF 1995-2005

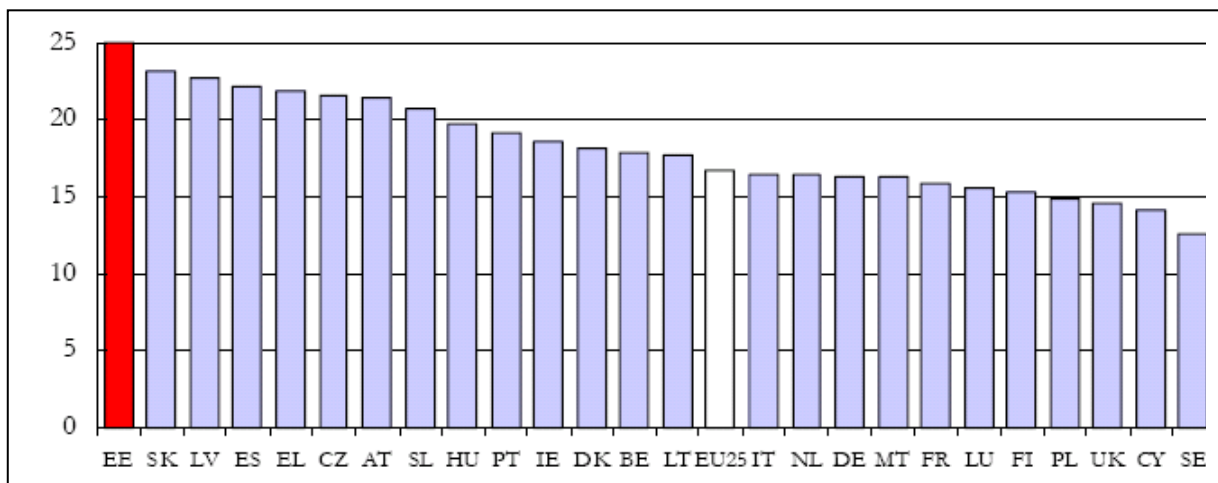
Gemeinsam für die alten EU-Länder und Slowenien ist, dass die Fiskalpolitik jeweils die schlechteste Bewertung erhält. Für Estland wurde die Fiskalpolitik im Jahr 2005 besser bewertet: die Einkommenssteuer mit 2,5, die Unternehmensbesteuerung mit 1, die Regierungsausgaben mit 3,5 und die gesamte Fiskalpolitik mit 2,0 (leichte Verbesserung gegenüber dem Vorjahr). Von allen betrachteten Ländern weist Slowenien am meisten protektionistische Züge auf, insbesondere im Finanzsektor und auf dem Kapitalmarkt.

Für Estland ist insbesondere die außenwirtschaftliche Offenheit sowohl auf Güter- als auch Finanzmärkten immer ein Wachstumsschub gewesen (Abb. 9). Dadurch ist das höchste Niveau der ausländischen Direktinvestitionen unter Transformationsländern gewährleistet

worden. Sehr positiv wird auch die Entwicklung in der Geldpolitik betrachtet. Es gibt gute Gründe, dass durch die Euro-Einführung diese Position fortbestehen wird.

2. Die estnische Aufholpolitik in der EU (im Lissabon-Prozess)

Estland ist seit dem 1. Mai 2004 EU-Mitglied und soll jetzt seine Entwicklung im größeren Wirtschaftsraum fortsetzen.⁸ Dabei sind die durch die EU gesetzten Ziele und Rahmen zu berücksichtigen. Die EU hat im Jahr 2000 eine große Initiative (sog. Lissabon-Prozess) gestartet, um die eigene Position im Systemwettbewerb mit den USA und Japan zu verbessern. Der Grundgedanke war, sich durch wissensbasierte und innovative Wirtschaft zu behaupten. Das passt auch sehr auf Estland, deren bisherige ressourcen- und kapitalbasierten Wachstumsreserven sich allmählich ausschöpfen. Wie die bisherige Analyse gezeigt hat, wurde in Estland nach der Wende ein hervorragender institutioneller Wirtschaftsstandort geschaffen. Dadurch wurden die relativ größten Privatinvestitionen in der EU ermöglicht (Abb. 10), die sich auch in der Verbreitung der neuen IK-Technologien geäußert haben. Sicher blieb aber die physische und soziale Infrastruktur etwas im Hintergrund (z.B. das Gesundheitswesen).



Quelle: Eesti majanduskasvu ja tööhõive tegevuskava 2005-2007.

Abb. 10: Privatinvestitionen in den EU-Ländern im Jahr 2003 (in % des BIP)

In dieser Situation ist es sicher nicht einfach, neue Entwicklungswege zu finden und gleichzeitig die bisherigen Erfolge beibehalten zu können. Einige Überlegungen sind dazu doch möglich. Man könnte diese komplexe Aufgabe in drei Teilaufgaben zerlegen. Zwei davon bestehen auf der Makroebene:

- 1) die makroökonomische Stabilität weiterhin zu gewähren, die insbesondere durch das Fehlen der eigenständigen Geldpolitik am meisten von gesunden Staatsfinanzen abhängt;
- 2) die optimale Struktur der öffentlichen und privaten Ausgaben zu finden, um die Voraussetzungen für das Erreichen der Lissabon-Ziele (wissensbasierte und innovative Wirtschaft) zu schaffen.

Die Makroziele sind aber nur dann erreichbar, wenn auf der individuellen Mikroebene entsprechende Anreize sowohl in der Wirtschaft als auch in der Politik vorhanden sind oder durch effiziente Institutionen geschaffen werden.

⁸ Obwohl in mancherlei Hinsicht der Wirtschaftsraum auch eingegrenzt wurde. Die bisherige vollständige außenwirtschaftliche Offenheit wurde durch Europrotektionismus ersetzt.

In den nächsten Abschnitten versuchen wir die Perspektiven für Estland in allen diesen Teilbereichen darzustellen. Dabei werden wir uns auf den aktuellsten wirtschaftspolitischen Plan der estnischen Regierung stützen, der erst im Herbst 2005 beschlossen wurde. Das ist der Aktivitätenplan Estlands für das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung 2005-2007 für die Verwirklichung der Lissabon-Strategie.⁹ Der Plan teilt sich in drei Teile:

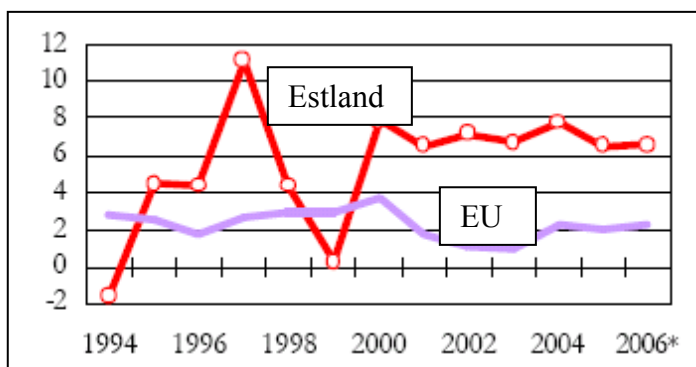
1. Makroökonomisches Umfeld,
2. Wissensbasiertes und nachhaltiges Unternehmensumfeld,
3. Arbeitsmarkt und Beschäftigung.

Wir werden insbesondere die ersten zwei Teile analysieren, weil die Beschäftigung stark davon abhängt und eine getrennte Betrachtung des Arbeitmarktes nicht sinnvoll scheint. Dazu kommt noch, dass die Beschäftigungsprobleme in Estland z.Zt. nicht sehr kritisch sind.

2.1. Makropolitik

2.1.1. Die Lage

Estland hat in den letzten Jahren ein sehr hohes Wirtschaftswachstum erreicht (Abb. 11). Im Jahr 2004 betrug es 7,8% und im ersten Halbjahr 2005 sogar 8,7%.



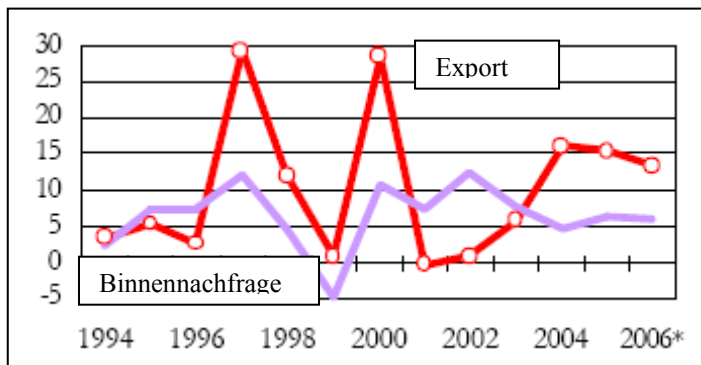
Quelle: Eesti majanduskasvu ja tööhõive tegevuskava 2005-2007.

Abb. 11. Wirtschaftswachstum in Estland und EU25

In den letzten 10 Jahren war in der EU nur Irland erfolgreicher (die Durchschnittsraten für Estland und Irland entsprechend 6,1% und 7,8%). Weil für die EU25 die entsprechende Kennzahl nur 2,3% betrug, konnte Estland in der Wirtschaftsleistung stark aufholen und wird bei der Fortsetzung dieses Verhältnisses im Jahr 2010 schon 62-63% des EU-Niveaus erreichen (siehe genauer Varblane/Vahter 2005). Als Basis für das Wirtschaftswachstum sind sowohl Exporte von Waren und Dienstleistungen als auch die Binnennachfrage aufgetreten (Abb. 12). Der Export hat sich im Jahr 2004 um 16% und im ersten Halbjahr 2005 noch mal um 17,4% gesteigert. Die Binnennachfrage zeigt wiederum einen Stabilisierungstrend. Als Wachstumsbranchen haben sich insbesondere die verarbeitende

⁹ Auf Estnisch: EESTI MAJANDUSKASVU JA TÖÖHÕIVE TEGEVUSKAVA 2005–2007. Lissaboni strateegia rakendamiseks. Auf Englisch: ACTION PLAN FOR GROWTH AND JOBS 2005–2007. For Implementation of the Lisbon Strategy.

Industrie, das Baugewerbe, die Unterbringungs- und Gastronomiebranche und der Finanzsektor bewiesen.



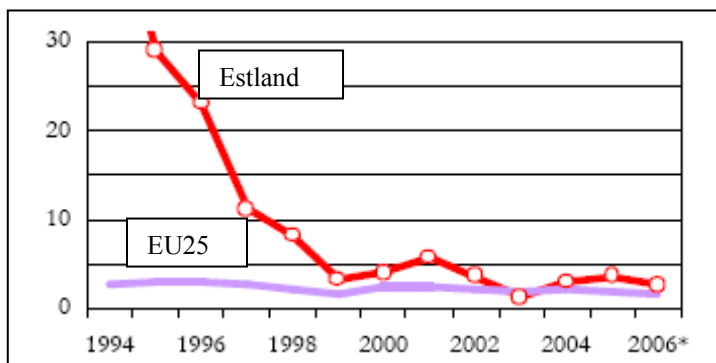
Quelle: Eesti majanduskasvu ja tööhõive tegevuskava 2005-2007.

Abb. 12: Wachstum des Exports und der Binnennachfrage in Estland (in %)

Das Wachstum hat sich makroökonomisch sehr positiv ausgewirkt:

- 1) die Geldwert- und Preisstabilität ist erhalten geblieben,
- 2) die außenwirtschaftliche Stabilität hat sich verbessert,
- 3) die Staatsfinanzen sind stabil im Überschuss,
- 4) die Arbeitsmarktlage hat sich entspannt.

Estland setzt weiterhin, auch im Rahmen des Wechselkursmechanismus ERMII, auf das seit 1992 bewährte CB-System mit fixem Wechselkurs der estnischen Krone. Die Inflation ist schon im Jahr 1999 unter 5% geblieben und danach weiterhin bis zum Jahr 2004 gesunken (Abb. 13).



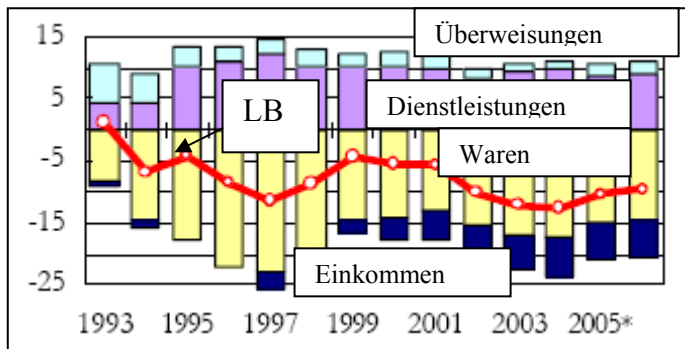
Quelle: Eesti majanduskasvu ja tööhõive tegevuskava 2005-2007.

Abb.13: Inflation in Estland und der EU (in %)

Im Jahr 2003 lag die Inflationsrate sogar unter dem EU-Niveau. Der EU-Beitritt hat die Preiserhöhung wegen der Übernahme der EU-Regeln im Außenhandel und der Besteuerung etwas beschleunigt (auf 3,1% im Jahr 2004). Auch in diesem Jahr drücken die Ölpreise hier die Inflation mehr nach oben als in der EU insgesamt - der Treibstoffanteil am estnischen Preisindex beträgt 6,4% im Vergleich zu 3,8% in der EU. So sind die Inflationsraten im Jahr 2005 über 4% gestiegen (Eesti Pank 2005).

Ein außenwirtschaftliches Ungleichgewicht ist von Auslandsexperten immer als das größte Problem der estnischen Wirtschaft betrachtet worden. Die Leistungsbilanz zeigt schon seit

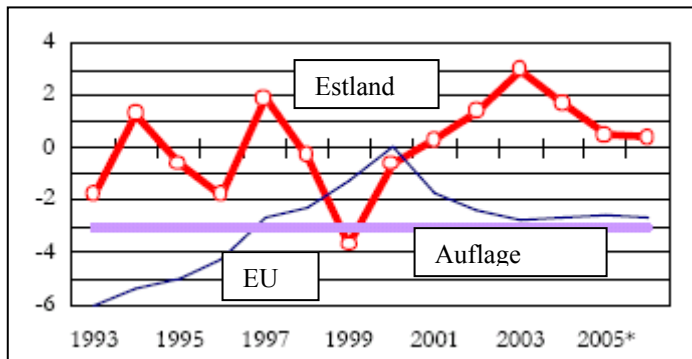
Jahren wirklich ein Defizit, das manchmal sogar die -10%-Grenze überschreitet (Abb. 14). Für einheimische Analytiker ist das aber die Kehrseite der massiven Auslandsinvestitionen, die die Importe der Kapitalgüter und dadurch das Handelsbilanzdefizit hervorrufen. Auch gibt es hier ein statistisches Problem – das negative Einkommen in der Leistungsbilanz spiegelt die Gewinne der ausländischen Investoren wider, die in der Realität hauptsächlich nicht ausgeführt, sondern reinvestiert werden. So kommen sie in der Finanzierungsbilanz auf der positiven Seite zusammen mit primären Auslandsinvestitionen zum Ausdruck.



Quelle: Eesti majanduskasvu ja tööhõive tegevuskava 2005-2007.

Abb. 14: Die Leistungsbilanz in Estland (in % des BIP)

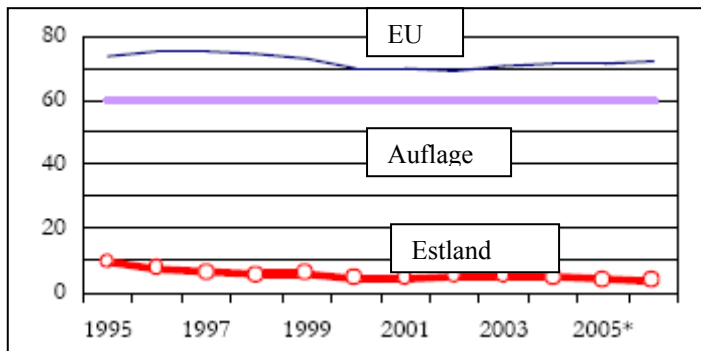
Estland ist eines der wenigen Länder in der EU gewesen, das in den letzten Jahren einen Haushaltsüberschuss erwirtschaftet hat (Abb. 15).



Quelle: Eesti majanduskasvu ja tööhõive tegevuskava 2005-2007.

Abb. 15: Der Überschuss der öffentlichen Haushalte in Estland und der EU (in % des BIP)

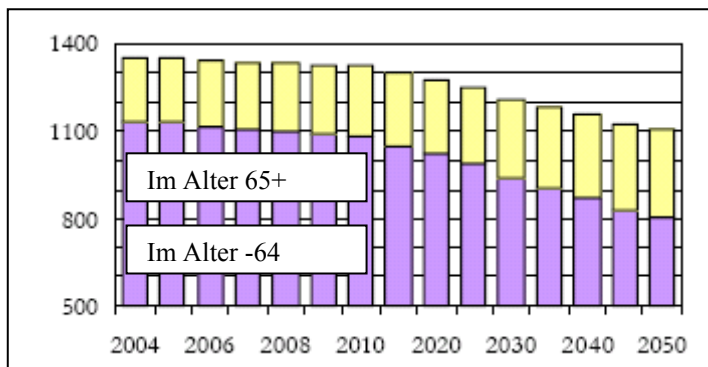
Der Überschuss aller öffentlichen Haushalte (Regierung, Kommunen und Sozialversicherung) betrug im Jahr 2003 im Maximum 3% und ist im Jahr 2004 immer noch 1,7% des BIP gewesen. Dabei ist doch eine Komponente von den erwähnten, nämlich die Kommunalebene, ständig im roten Bereich gewesen, obwohl auch hier im Jahr 2004 eine rasche Verbesserung stattfand – das Defizit hat sich um das Dreifache reduziert. Dadurch ist auch verständlich, dass Estland mit 4,9% des BIP die geringsten öffentlichen Schulden in der EU hat (Abb. 16). Trotzdem ist die Zukunft auch in Estland nicht wolkenlos. Insbesondere im Bereich der Rentenversicherung ist die nachhaltige Entwicklung problematisch.



Quelle: Eesti majanduskasvu ja tööhõive tegevuskava 2005-2007.

Abb. 16: Öffentliche Schulden in Estland und der EU (in % des BIP)

Die demografischen Trends in Estland sind denen anderer Länder ähnlich. Nach dem *Baby-Boom* während der Wende ist die Geburtenrate zweimal gesunken und beträgt heute nur 1,39 (Kinder pro Frau). Für eine Stabilität der Bevölkerung wäre eine Rate von 2,1 nötig. So wird sich nach Prognosen die Bevölkerungsanzahl in Estland in 50 Jahren um 17-18% reduzieren (Abb. 17). Weil auch die Lebenserwartung sich erhöht, verschlechtert sich die Bevölkerungsstruktur aus der Sicht des Rentensystems. Noch im Jahr 1992 gab es in Estland für jeden Rentner 2 Beschäftigte. Zur Zeit ist diese Kennzahl 1,8; aber im Jahr 2050 vermutlich nur knappe 1,3.



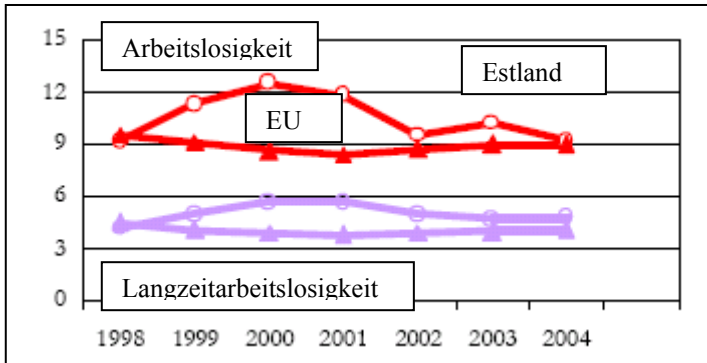
Quelle: Eesti majanduskasvu ja tööhõive tegevuskava 2005-2007.

Abb. 17: Bevölkerungsanzahl in Estland (Tausende)

Das Wirtschaftswachstum hat auch die Arbeitsmarktlage entspannt (Abb. 18). Bis zum Jahr 2000 haben die strukturellen Änderungen in Estland eine reduzierende Beschäftigung und steigende Arbeitslosigkeit verursacht. Seitdem überwiegen die positiven Auswirkungen des Wachstums. Im Jahr 2004 ist die Arbeitslosenquote mit 9,2% die niedrigste der letzten 7 Jahre gewesen und sinkt weiterhin.¹⁰

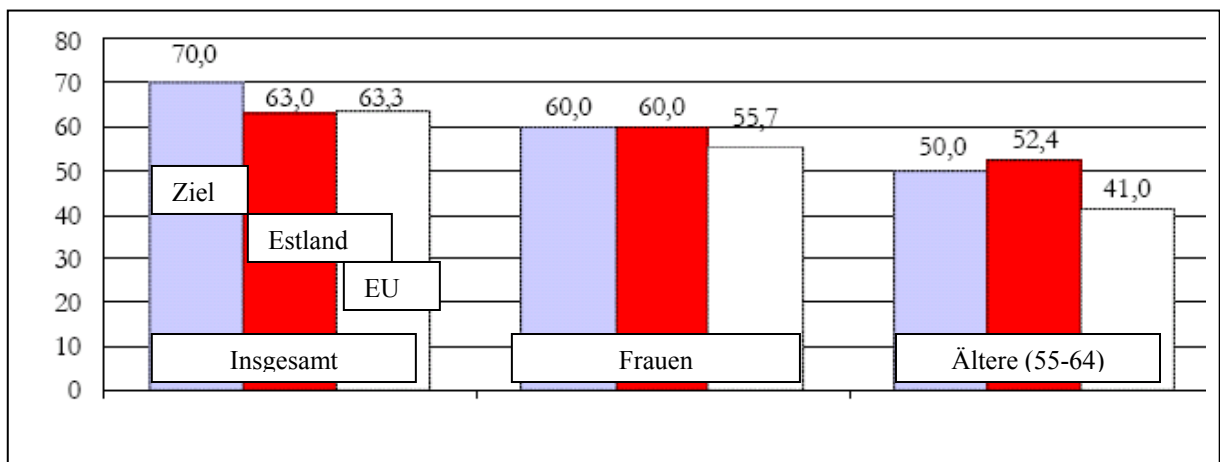
Estland hat auch schon einige EU-Beschäftigungsziele erreicht (Abb. 19). Nur das Gesamtziel von 70% ist noch anzustreben. So sind in der Zukunft auf dem Arbeitsmarkt eher die Angebotsprobleme zu befürchten. Nicht immer entspricht das Bildungs- und Ausbildungsniveau der Arbeitskräfte den Anforderungen des Arbeitsmarktes. Ein Zeugnis dafür ist eine sehr hohe Arbeitslosigkeit bei den Jugendlichen. In der Altersgruppe 15-24 Jahre betrug sie im Jahr 2004 immer noch 21%.

¹⁰ Im II. Quartal 2005 war die ALQ nur 8,1% (Eesti Pank 2005).



Quelle: Eesti majanduskasvu ja tööhõive tegevuskava 2005-2007.

Abb. 18: Die Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit in Estland und der EU (% im Alter von 15-74 Jahre)



Quelle: Eesti majanduskasvu ja tööhõive tegevuskava 2005-2007.

Abb. 19: Beschäftigung in Estland und der EU im Jahr 2004 (% im Altersgruppe 15-64)

Für den makroökonomischen Bereich hat die Regierung im Rahmen des Lissabon-Prozesses drei Ziele bestimmt, die jeweils mit bestimmten Maßnahmen und Aktivitäten zu erreichen sind:

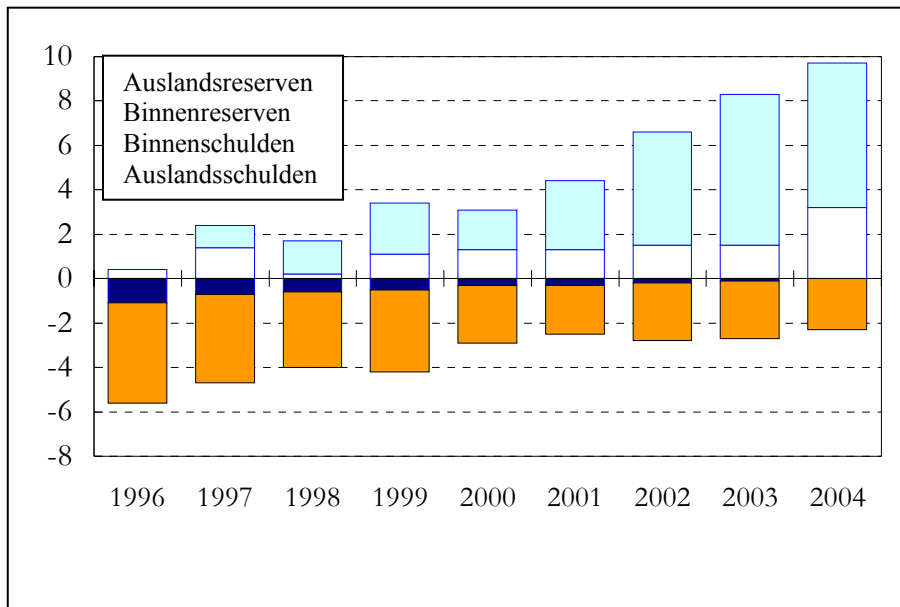
- 1) einen stabilen makroökonomischen Rahmen zu gewähren,
- 2) die Nachhaltigkeit der Fiskalpolitik im sozialen Bereich zu gewährleisten,
- 3) das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung durch die Fiskalpolitik proaktiv zu unterstützen.

2.1.2. Ziel 1: Makroökonomische Stabilität

Die stabilen makroökonomischen Rahmen fürs Wirtschaftswachstum bedeuten zur Zeit vor allem den Erhalt **des mittelfristigen Gleichgewichts der Staatsfinanzen**. Hier sind von der Regierung zwei Aktivitäten geplant:

- Für jedes Jahr wird ein mindestens ausgeglichener Haushalt geplant,
- Es wird die finanzielle Lage der Kommunen unter Kontrolle gebracht und verstärkt.

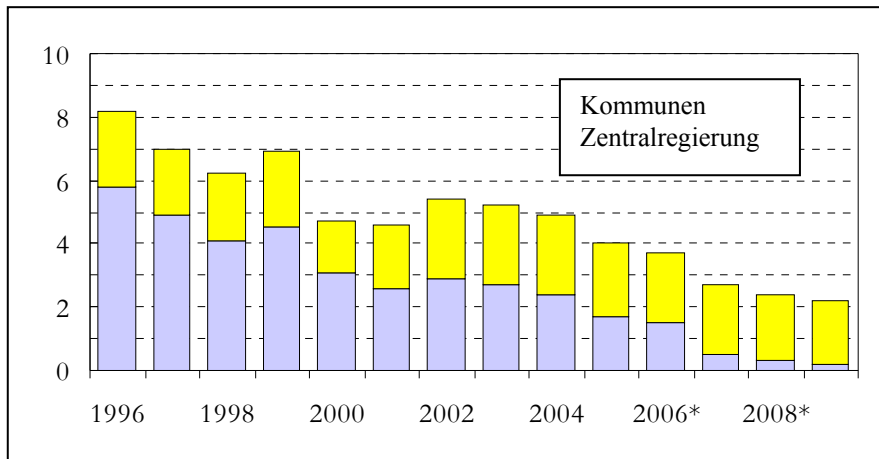
Das Gleichgewicht der Einkommen und Ausgaben wird die Grundlage der Haushaltsplanung für die nächsten Jahre sein. Sicher kann das reale Ergebnis davon in beide Richtungen konjunkturell abweichen. Die bisherige Erfahrung hat gezeigt, dass dieses Planungsprinzip einer antizyklischen Politik entspricht – in den Krisenjahren (z.B. 1999) wird der Haushalt im Defizit, im Boom wiederum im Überschuss sein. Im ersten Fall werden die Finanzreserven gebraucht, im zweiten gebildet. In den letzten Jahren haben wir eher mit dem zweiten Fall zu tun gehabt (Abb. 20).



Quelle: Finanzministerium

Abb. 20: Finanzreserven und Schulden der Zentralregierung in Estland (in % des BIP)

Sicher ist es in Estland zur Zeit unrealistisch, das Gleichgewicht auf der Kommunalebene anzustreben. Es wird eine Notwendigkeit bleiben, das Defizit über Kredite zu finanzieren. So ist auch nach den Prognosen des Finanzministeriums zu erwarten, dass bald die Kommunen in den öffentlichen Gesamtschulden dominieren werden (Abb. 21).



Quelle: Finanzministerium

Abb. 21: Schulden der Zentralregierung und Kommunen in Estland (in % des BIP)

Doch man hofft, diese Schuldenlast bei etwa 2% des BIP zu stabilisieren. Dazu hat unter anderem die Änderung der Einkommensbasis der kommunalen Haushalte beigetragen. Früher wurde die (individuelle) Einkommenssteuer zwischen dem Staat und den Kommunen im Verhältnis 44:56 verteilt. Bevor aber im Jahr 2004 die Entscheidung kam, den Steuersatz von bisherigen 26% herabzusetzen, wurde den Kommunen ihr Anteil direkt von der Besteuerungsgrundlage (Bruttoeinkommen der Steuerzahler) festgelegt (zuerst 11,2%, jetzt 11,6%). Damit wird der Anteil der Kommunen am steuerlichen Gesamtaufkommen bei der Reduzierung des Steuersatzes steigen.

Zu der makroökonomischen Stabilität trägt sicher auch die Geldpolitik bei. Hier ist als wichtigste wirtschaftspolitische Maßnahme **der Beitritt zur Eurozone** (*Economic and Monetary Union*) geplant. Im Rahmen der Maßnahme stehen drei Aktivitäten im Vordergrund:

- das wirtschaftspolitische Untermauern der Erfüllung der Maastrichter Konvergenzkriterien,
- die Harmonisierung der Gesetzgebung mit den EMU-Regeln,
- die technische Vorbereitung der Währungsumstellung.

Estland ist seit 2004 Mitglied des ERM II und strebt die schnellmöglichste Einführung des Euro an. Als Zieltermin gilt der 1. Januar 2007. Die estnische Regierung hat zusammen mit der Zentralbank einen speziellen Plan dafür erarbeitet und am 1.09.2005 beschlossen.

Zur Zeit erfüllt Estland zwei von den fünf sog Maastrichter Kriterien¹¹ nicht. Keine Probleme bestehen zur Zeit mit der Haushaltsposition, den Staatsschulden und den langfristigen Zinsen. Die ersten beiden wurden vorher schon diskutiert. Estland ist weit weg von den auch in Deutschland gut bekannten Grenzen – entsprechend –3% und 60%. Die langfristigen Zinsen dürfen nicht mehr als um 2% den Durchschnittswert der drei besten Länder (mit niedrigstem Zinsniveau) übersteigen. Im Juli 2005 war der Zielwert 5,5% und das estnische Niveau sogar darunter – 4,2%. Auch die Währungsstabilität ist nur formell problematisch, weil die 2 Jahre im ERM II noch nicht ausgelaufen sind. Dies wird

¹¹ Haushaltsposition, Regierungsschulden, Preisstabilität, langfristige Zinssätze, Währungsstabilität.

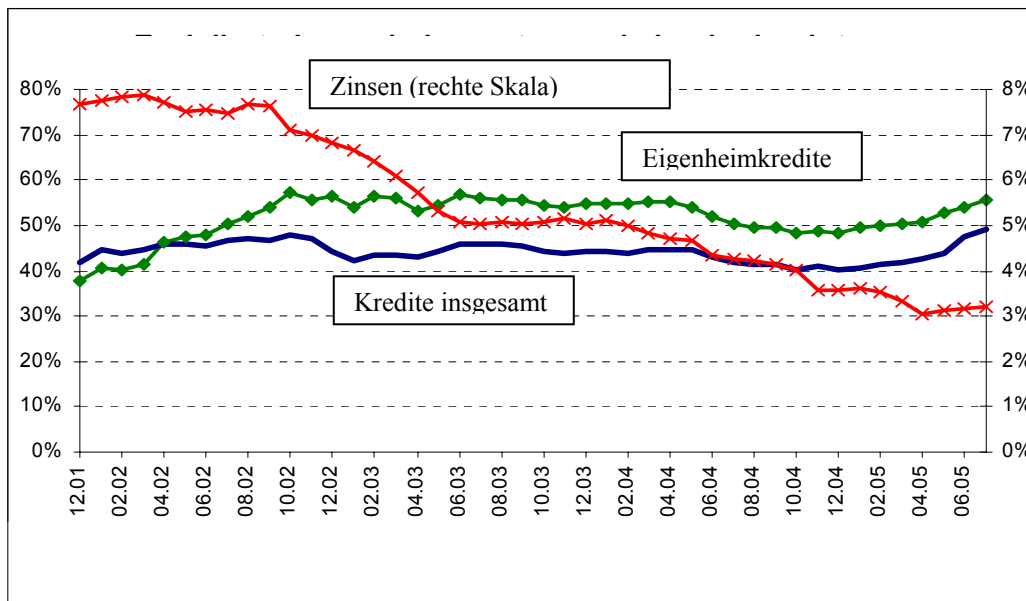
im nächsten Sommer passieren. Doch gibt es keine Zeichen für Probleme in dieser Hinsicht. Der Wechselkurs steht schön fest schon seit 1992.

Das einzig richtig schwierige Kriterium ist die Inflation. Hier darf das estnische Niveau sich nicht mehr als um 1,5% vom Durchschnitt der drei besten Länder unterscheiden. Wiederum im Juli 2005 waren die Zahlen entsprechend 2,4% und 4,1%. So bleibt abzuwarten, ob die Inflation in Estland sich, wie die Experten erwarten, auf 2,5-3% im Jahr 2006 reduzieren wird. Es werden aber keine administrative oder statistische Tricks geplant, um die Kennzahl formell zu beeinflussen. Sicher ist, dass mittelfristig die Preissteigerung in Estland höher als in der EU insgesamt sein wird – wegen der Preiskonvergenz. Zur Zeit beträgt das Preisniveau im Land etwa 60% des Durchschnitts. Hauptsächlich sind die Unterschiede im nicht handelbaren Sektor zu bemerken.

Auch im juristischen Bereich ist eines der möglichen Hindernisse für den Euro zu sehen. Nämlich legt das estnische Grundgesetz fest, dass das einzige Zahlungsmittel in Estland die estnische Krone ist. Das sollte Estland nach der Auffassung der EU ändern. Doch ist die Verfassungsänderung politisch sehr schwer, zumindest kurzfristig, zu bewerkstelligen. So sieht die heutige Regierung und auch die estnische Zentralbank die Volksentscheidung beim EU-Beitrittsreferendum als hinreichend an, weil der Einigungsvertrag die zwingende Einführung des gemeinsamen Geldes vorsah. Wenn auch das oberste Gericht Estlands das so sieht, wird das voraussichtlich auch für die EU reichen.

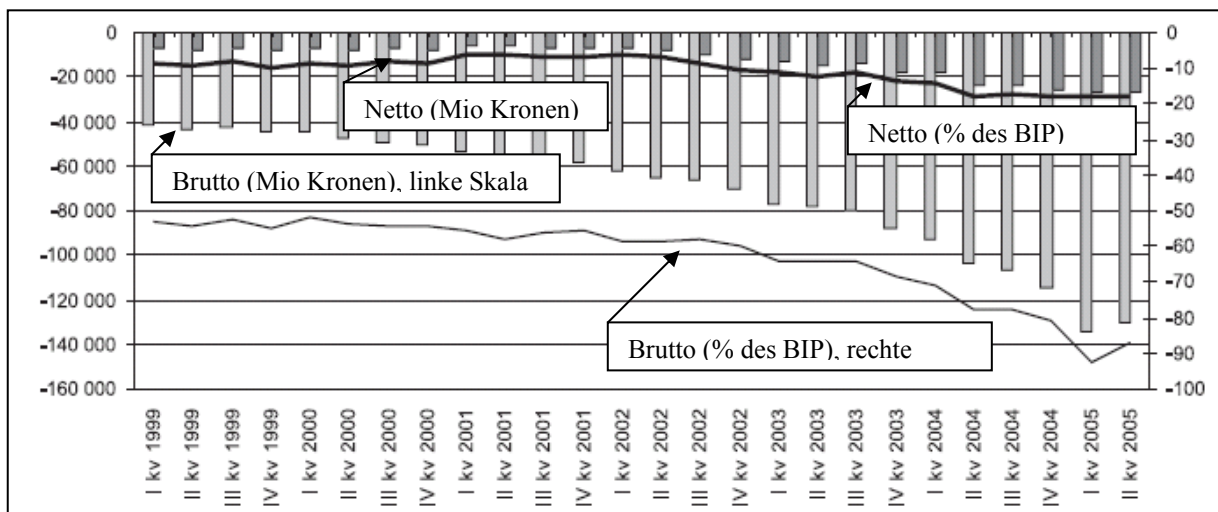
Als dritte Maßnahme zugunsten der makroökonomischen Stabilität wird **die Risikokontrolle** betrachtet. Es werden zwei Risiken hervorgehoben – Leistungsbilanzdefizit und Privatkredite.

Die Leistungsbilanz wurde schon vorher diskutiert – hier kann die Regierung nur mit der konservativen Haushaltspolitik zur Risikoreduzierung beitragen. Die Privatkredite wachsen in Estland jährlich um etwa 40-50% und damit auch die Schuldenlast der Bevölkerung. Hauptgrund dafür sind günstige Eigenheimkredite und insgesamt positive Erwartungen bezüglich der zukünftigen Wirtschaftslage bei der Bevölkerung. (Abb. 22). Weil die Geschäftsbanken meist das ausländische Geld ausleihen, wachsen die Auslandsschulden fürs Land (Abb. 23). In der Bruttobetrachtung ist das schon fast gleich mit dem BIP.



Quelle: Zentralbank

Abb. 22: Zinsen und Kreditwachstum in Estland (in %)



Quelle: Zentralbank

Abb. 23: Gesamtauslandsschulden der estnischen Wirtschaft am 30.06.2005

Um dadurch entstehenden Risiken zu begegnen und den Kreditboom im Rahmen zu halten, hält die Zentralbank einerseits die Pflichtreserven der Geschäftsbanken immer noch auf dem 13%-Niveau (in der Eurozone sind es nur 2%). Andererseits begrenzt die Regierung die Steuerbefreiung und die Bürgschaften für die Eigenheimkredite.

2.1.3. Ziel 2: Nachhaltigkeit der Fiskalpolitik

Hier sind Probleme mit der Renten- und Krankenversicherung zu lösen. Bisher sind staatliche Sozialfonds (dazu zählt auch noch die Arbeitslosenversicherung) finanziell ausgekommen. Doch ist es für die Zukunft erst zu zeigen.

Als erste Maßnahme ist **ein optimales Rentensystem** aufzubauen, das einerseits langfristig nachhaltig ist, aber andererseits auch einen angemessenen Lebensstandard für die Rentner gewähren könnte. Im Jahr 2003 bildeten die Renten 40,5% des Durchschnittsgehalts. Das liegt nur knapp über dem europäischen Minimumstandard.

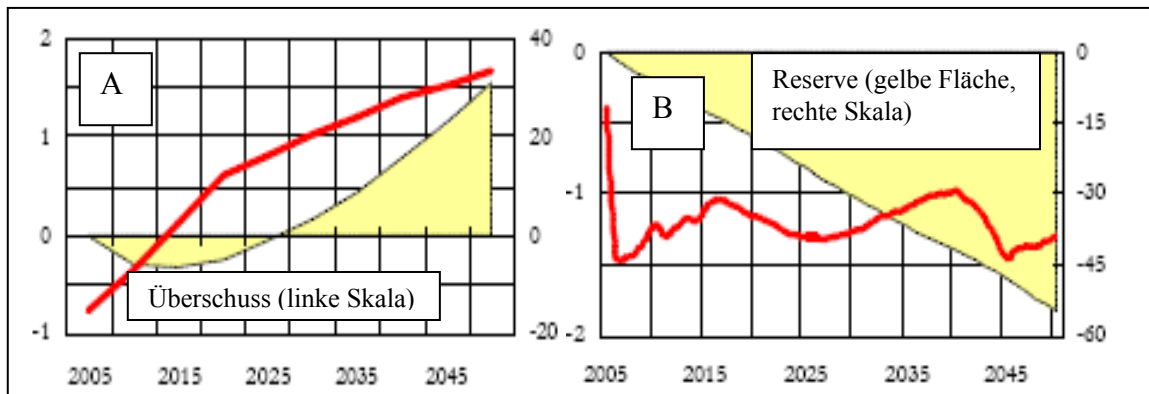
Die Regierung plant hier drei Aktivitäten:

- Das Vollenden der Rentenreform,
- Die Erhöhung des Rentenalters auf 63 Jahre bis zum Jahr 2016,
- Die Ausweitung der Besteuerungsbasis für die staatliche Rentenversicherung.

Estland hat schon ein 3-Säulen-System geschaffen, das aus der staatlichen Umlagerente, der privaten Pflichtversicherung und zusätzlichen freiwilligen Versicherungen besteht. Die erste Säule bildet sich aus einem Teil der Sozialsteuer – 20% von insgesamt 33,5% des Bruttogehalts des Arbeitnehmers (bezahlt vom Arbeitgeber). Die zweite Säule beruht auf dem Kapitaldeckungsprinzip und wird über private, hauptsächlich von Geschäftsbanken verwaltete Fonds organisiert. Die Versicherungsprämie besteht aus 2% des Bruttogehalts, die der Versicherte bezahlt, zudem der Staat noch 4% der Sozialsteuer hinzulegt. Es ist nur soweit nachhaltig bis die Renten aus dem Umlageverfahren langsamer wachsen als die Löhne und Gehälter.

Bisher werden die Umlagerenten jährlich mit einem Mischindex multipliziert, der als Durchschnitt der Inflation und des Wachstums der Sozialsteuereinnahmen berechnet wird. So ist es gelungen, das Umlageverfahren und die Kapitaldeckungszuschüsse aus einer Quelle zu finanzieren - im Jahr 2005 wird das Defizit der I. Rentensäule knapp 0,2% des BIP bilden. Die aus früheren Jahren stammenden Reserven reichen möglicherweise auch noch im Jahr 2006 aus. Danach sollen die anderen Quellen herangezogen werden. Die Regierung hofft zuerst aufs Sparen im Haushalt. Die Abb. 24 zeigt die unterschiedlichen Szenarien. Teil A entspricht dem bisherigen konservativen Wachstum der Rente. Es wird nur vorübergehend ein Defizit erwartet. Dabei wird aber das Verhältnis zwischen Rente und Durchschnittsgehalt sich ständig verschlechtern. Teil B geht wiederum von einem konstanten Verhältnis ab 2006 aus. Als Ergebnis wird das Defizit jährlich um etwa 1% des BIP zunehmen.

Es werden aber auch Maßnahmen getroffen, um die Sozialsteuereinkommen zu erhöhen – es wird z.B. der Mindestbesteuerungsbetrag erhöht. Es wird auch das Rentenalter angehoben. Heute gelten für Männer und Frauen noch unterschiedliche Pensionierungsregeln. Die Frauen werden das gemeinsame Pensionierungsalter von 63 Jahren erst im Jahr 2016 erreichen. Im Jahr 2003 war das durchschnittliche Pensionierungsalter 60,8 Jahre. Das wurde auch dadurch verursacht, dass 42,1% alle Neurentner im Jahr 2004 sich vor der allgemeinen gesetzlichen Altersgrenze haben pensionieren lassen - und das trotz der Erhöhung der Rente um 0,9% für jedes aufgeschobene Jahr. Auch die Arbeitsmarktmaßnahmen dienen der Stärkung der Sozialversicherung .



Quelle: Eesti majanduskasvu ja tööhõive tegevuskava 2005-2007.

Abb. 24: Finanzen der staatlichen Rentenversicherung in Estland (in % des BIP)

Die zweite Maßnahme betrifft die **Krankenversicherung**. Diese beruht auf 13% der Sozialsteuer und hat sich bisher als funktionsfähig erwiesen. Die Krankenkasse wird im Jahr 2005 einen kleinen Überschuss haben (etwa 0,05% des BIP). Doch waren im Jahr 2004 nur 59% der Versicherten mit der Qualität der medizinischen Versorgung zufrieden. Es sind folgende Aktivitäten geplant:

- die Erhöhung der Steuerbasis der Krankenversicherung,
- die Ausweitung des Kreises der Versicherten,
- die mögliche Reduzierung der Kosten.

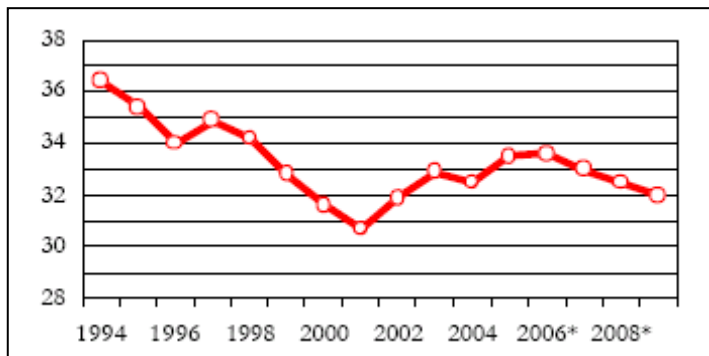
Die schon erwähnten Änderungen bezüglich der Sozialsteuer wirken auch hier. Zusätzlich hofft man, den Anteil der Versicherten von 94% im Jahr 2005 auf 99% zu erhöhen. Doch waren im Jahr 2005 nur 47% der Versicherten selbst Sozialsteuerzahler. Andere sind sog Versicherungsberechtigte (Kinder, Rentner) und deren Anteil versucht man in Grenzen zu halten.

2.1.4. Ziel 3: Wachstums- und Beschäftigungsförderung durch die Fiskalpolitik

Bei diesem Ziel handelt es sich zuerst um die prinzipielle Frage, ob der Staat die größere oder kleinere Rolle in der Wirtschaft spielen soll. Im ersten Fall ist die Steuerquote zu erhöhen, im zweiten zu senken. In Estland wurde nach der Wende von Anfang an ein liberaler Weg gewählt und bei der Lösung der Wachstums- und Beschäftigungsprobleme eher auf den Markt als auf den Staat gesetzt. **Die Steuerquote** ist nicht ständig, aber doch tendenziell gesunken. So wird es auch weiterhin bleiben (Abb. 25).

Sicher ist Estland mit seiner Steuerquote von über 30% kein Minimalstaat. Wir haben es schon gesehen, dass der Staat im Sozialbereich viel zu tun hat und werden auch noch seine wirtschaftliche Rolle erklären. Für alle diese Aufgaben sind Einkommen nötig. Die dürfen aber nicht die Wettbewerbsfähigkeit gefährden. So ist **die Steuerstruktur, d.h. die Einkommenseite des Haushalts zu optimieren**. Hier sind drei Aktivitäten vorgeschlagen worden:

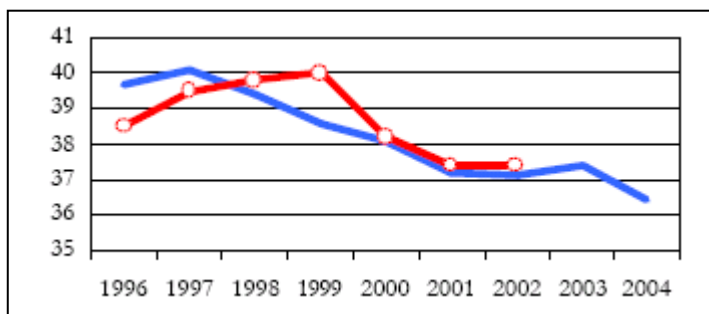
- den Faktor Arbeit steuerlich zu entlasten,
- die indirekte Verbraucher- und Umweltsteuer zu erhöhen,
- das Steuersystem durch die Reduzierung der Steuerbegünstigungen weiter zu vereinfachen.



Quelle: Eesti majanduskasvu ja tööhõive tegevuskava 2005-2007.

Abb. 25: Die Steuerquote in Estland (in % des BIP)

In Estland ist der Faktor Arbeit sehr hoch besteuert – höher als in der EU insgesamt (Abb. 26).

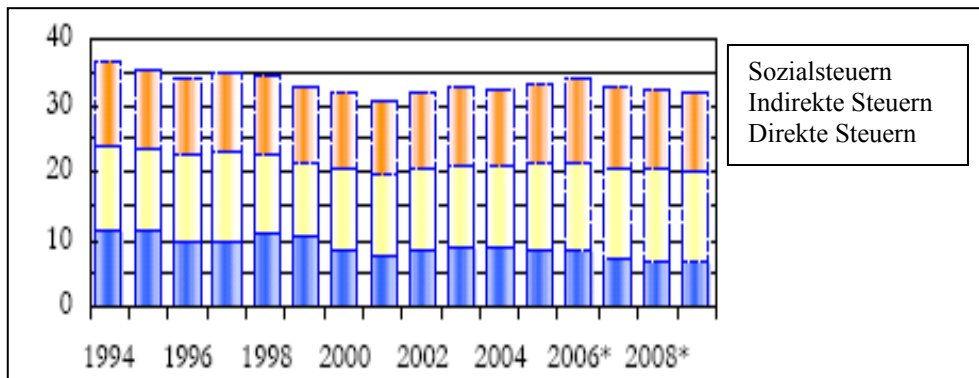


Quelle: Eesti majanduskasvu ja tööhõive tegevuskava 2005-2007.

Abb. 26: Steuerbelastung des Faktors Arbeit (einfache Arbeiter) in Estland und der EU (in % der Personalkosten)

Im Jahr 2002 bildeten die Steuern bei den einfachen Arbeitern 37,4% von allen Personalkosten. Diese sind zu reduzieren. Die politische Entscheidung ist, dies nicht über die Sozial-, sondern über die Einkommenssteuer zu erreichen. Zur Zeit ist der Einkommenssteuersatz 24%. Bis zum Jahr 2009 sollten davon nur 20% übrig bleiben. Das steuerfreie Einkommen beträgt 1700 Kronen (knapp über 100 €) im Monat. Im nächsten Jahr sollen es 2000 Kronen sein und weiter dem Mindestlohn angeglichen werden. Solche steuerliche Entlastung wird dem Staat im nächsten Jahr mehr als 1 Milliarde (0,6% des BIP) kosten. Doch ist es bei den gegenwärtigen Wachstumsraten zu bewältigen.¹² Da helfen auch die Aktivitäten mit, die die Staatseinkommen erhöhen. Es werden die Steuerbegünstigungen noch mal überlegt (z.B. Eigenheimzulage). Ab 1. Juli 2007 werden die Energieträger statt den bisherigen 5% mit einem einheitlichen Mehrwertsteuersatz von 18% besteuert. Es sind auch Grundlagen für eine ökologische Steuerreform verabschiedet worden, aber die konkreten Schritte stehen noch nicht fest. Jedenfalls darf die allgemeine Steuerquote sich nicht erhöhen. Die Steuerstruktur ändert sich aber sicher zugunsten der indirekten Steuer (Abb. 27).

¹² Obwohl in diesem Jahr der Steuersatz von 26 auf 24% gefallen ist, wurde kürzlich ein Zusatzhaushalt im Umfang von 2 Milliarden Kronen verabschiedet.



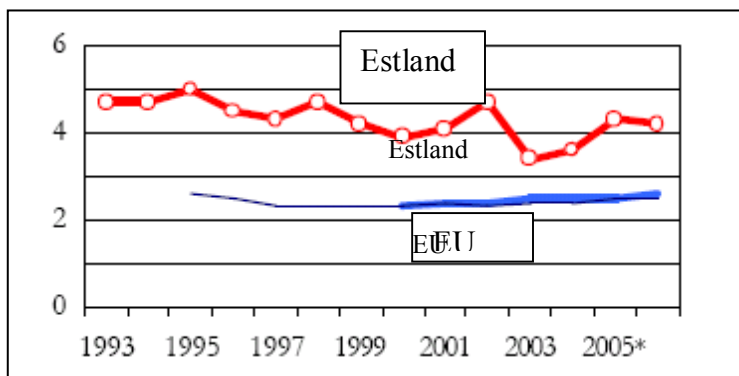
Quelle: Eesti majanduskasvu ja tööhõive tegevuskava 2005-2007.

Abb. 27: Die Steuerstruktur in Estland (in % des BIP)

Es ist aber auch ganz genau zu überlegen, wo die öffentlichen Gelder neben den schon angesprochenen Sozialleistungen einzusetzen wären. Im Vordergrund sollten sicher **die Investitionen in die Infrastruktur und ins Humankapital** stehen. Zur Zeit hat die Regierung sich auf drei Aktivitäten festgelegt:

- das hohe Niveau der staatlichen Investitionen beizubehalten,
- die FuE-Ausgaben zu erhöhen,
- die berufliche Ausbildung zusätzlich zu finanzieren.

Estland hat bei einer relativ niedrigen Steuerquote und einem dementsprechend kleinen Staatshaushalt doch immer viele öffentliche Sach- und Humankapitalinvestitionen betätigt (Abb 28 und 35).¹³



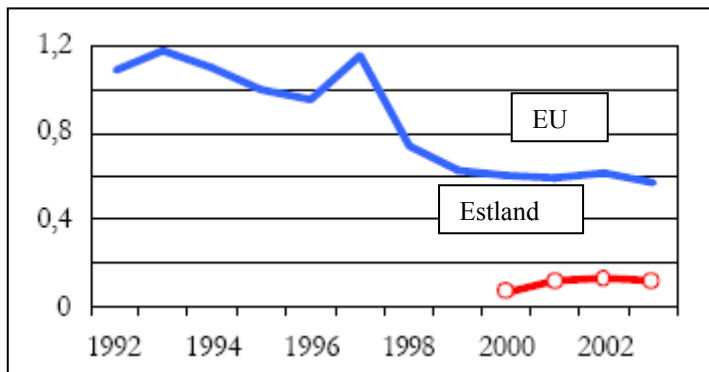
Quelle: Eesti majanduskasvu ja tööhõive tegevuskava 2005-2007.

Abb. 28: Die öffentlichen Sachkapitalinvestitionen in Estland und der EU (in % des BIP)

Es bedeutet aber, dass die anderen Verwendungen, z.B. die staatlichen Beihilfen als industriepolitische Subventionen kurz gekommen sind (Abb. 29). Insbesondere große Kürzungen kamen im Jahr 2000 zustande (Abb. 30). Erstens hat Estland alle Unternehmensgewinne, die reinvestiert werden, von den Steuern befreit. Vorher galt diese Regelung nur außerhalb der Hauptstadt und ihres Hinterlandes. Deswegen wurde es bis 1999 als regionale Steuerbegünstigung und so als Beihilfe betrachtet. Zweitens endeten im

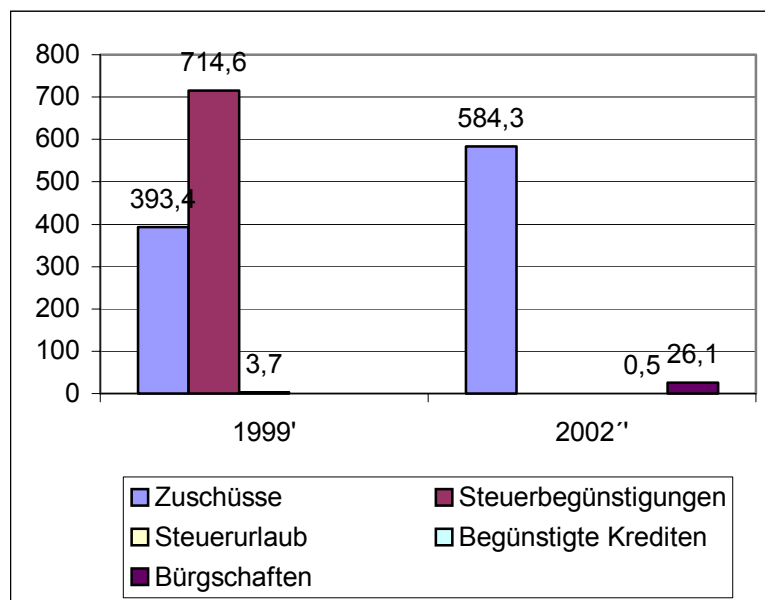
¹³ Die FuE-Probleme werden wir im nächsten Teil behandeln.

Jahr 2000 die letzten Begünstigungen für die Unternehmen mit ausländischer Beteiligung nach einem alten, nicht mehr geltenden Gesetz (1991) für ausländische Investitionen.



Quelle: Eesti majanduskasvu ja tööhõive tegevuskava 2005-2007.

Abb. 29: Die staatlichen Beihilfen in Estland und der EU (in % des BIP)



Quelle: Finanzministerium

Abb. 30: Formen der staatlichen Beihilfen in Estland (in Mio. Kronen)

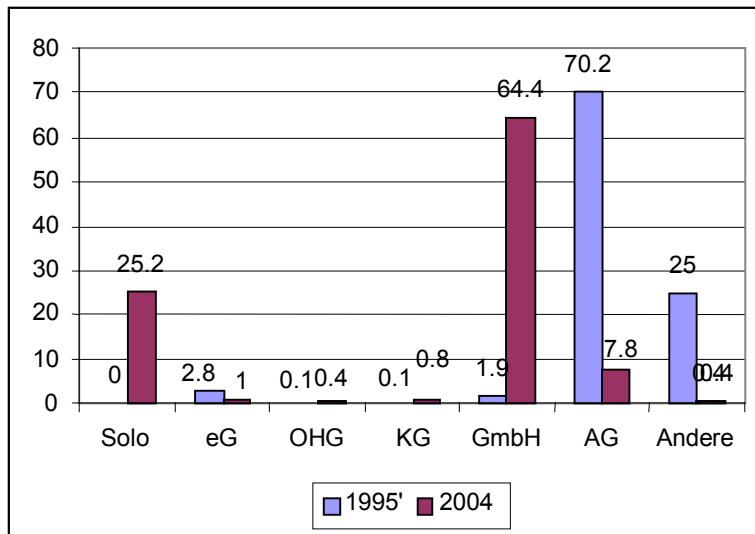
2.2. Mikropolitik

Hier werden wir die Politik betrachten, die direkt die Unternehmensebene der Wirtschaft betrifft. Dabei verknüpfen sich oft die ordnungs- und strukturpolitischen Ziele und Maßnahmen. Im letzten Aktionsplan der Regierung wird dieser Politikbereich unter dem Titel „Wissensbasiertes und nachhaltiges Unternehmensumfeld“ zusammengefasst.

2.2.1. Die Lage

In Estlands Unternehmenssektor ist die erste Transformationswelle vorbei. Die Privatisierung im üblichen Sinne ist vollendet worden. Die estnische Treuhand wurde

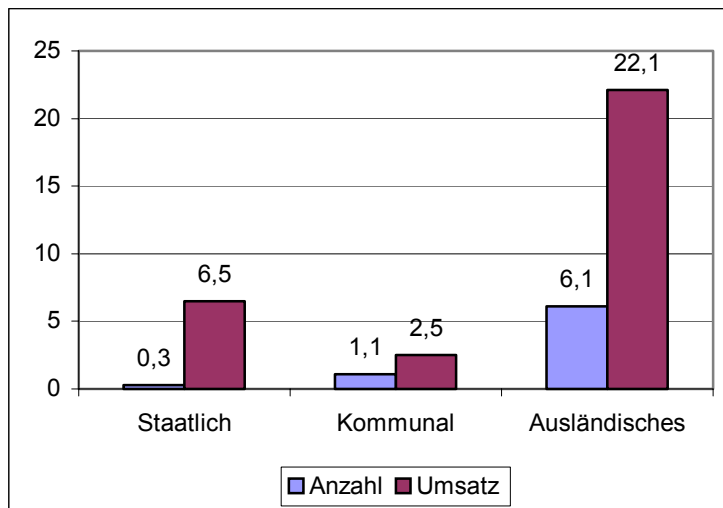
schon im Jahr 2001 geschlossen. In der Unternehmensstruktur sind seit 1995 normale privatrechtliche Rechtsformen etabliert worden (Abb. 31).



Quelle: Statistisches Amt, Gewerberegister.

Abb. 31: Struktur der Unternehmen nach Rechtsformen in Estland (in % der Gesamtzahl)

Die öffentlichen Unternehmen spielen schon eine bescheidene Rolle (Abb. 32). Doch sind gerade die größten, meistens Infrastrukturbetriebe (Energie mit Ölschieferbergbau, Hafen) in öffentlicher Hand geblieben.¹⁴ Auch die ausländischen Unternehmen sind größer als einheimische Privatunternehmen.



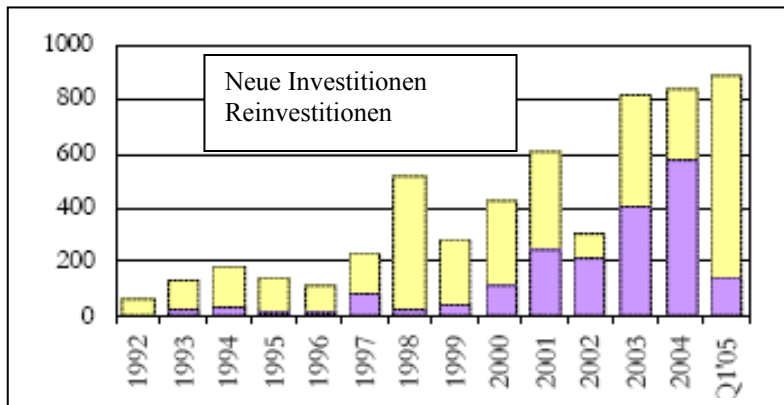
Quelle: Statistisches Amt Estland

Abb. 32: Struktur der Unternehmen nach Eigentümer in Estland im Jahr 2000 (in %).

Insgesamt ist für Estland eine hohe Bedeutung der ausländischen Direktinvestitionen zu betonen (Abb. 33). Hier ist Estland an der Spitze der neuen EU-Länder. Gerade die

¹⁴ Daneben sind die Telekommunikation und Eisenbahn in den privaten Händen.

ausländischen Investitionen haben neben dem Kapital auch neues *know-how* nach Estland mitgebracht und so eine technologische und produktbezogene Modernisierung ermöglicht. Doch beträgt die Produktivität der estnischen Unternehmen erst 50 % des EU-Durchschnitts und nur 3500 Unternehmen, etwa 10% von den aktiven insgesamt, sind auf den Auslandsmärkten tätig. Dabei fallen auf 30 führende Unternehmen 50% des Gesamtexports.



Quelle: Eesti majanduskasvu ja tööhõive tegevuskava 2005-2007.

Abb. 33: Die ausländischen Direktinvestitionen in Estland (in Mio €)

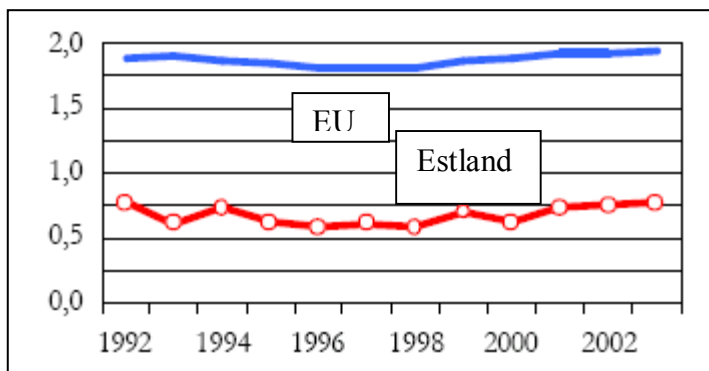
Die estnischen Unternehmen sind zur Zeit eher die Anwender der fremden Innovationen als die strategischen Innovatoren. Zur letzten Klasse gehören schätzungsweise nur 5% der estnischen Unternehmen. So ist es verständlich, dass die Regierung im Aktionsplan für die Unternehmensebene zwei weitere primäre Ziele¹⁵ hervorgehoben hat:

4. Erhöhung der Qualität der FuE und der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen,
5. Entwicklung des das Unternehmertum fördernden Umfelds.

2.2.2. Ziel 4: FuE, Innovation und langfristige Wettbewerbsfähigkeit

Estland hat in der FuE einen klaren Rückstand gegenüber dem EU-Durchschnitt und noch mehr gegenüber dem EU-Ziel - 3% des BIP (Abb.34). Dabei liegt das Hauptproblem darin, dass die Unternehmen nur ein Drittel von den Gesamtausgaben tragen (in der EU insgesamt 55%).

¹⁵ Es gehört auch das dritte Ziel dazu – die ökologische Nachhaltigkeit, die wir aber hier nicht genauer behandeln werden.



Quelle: Eesti majanduskasvu ja tööhõive tegevuskava 2005-2007.

Abb. 34: FuE-Ausgaben in Estland und der EU (in % des BIP)

Die Regierung hält es für realistisch, das Zielniveau 3% im Jahr 2014 zu erreichen, obwohl die bisherige Erfahrung dem widerspricht. Hauptsache wäre jedoch die Bewegung in die richtige Richtung. Dazu können hoffentlich folgende geplante Maßnahmen beitragen:

- Erhöhung der Nachhaltigkeit und Qualität der FuE,
- Vorbereitung von Humankapital für FuE,
- Erleichterung des Zugangs zum Kapital für innovative Unternehmen,
- Förderung des Produktivitätswachstums und Beihilfe für Auslandsaktivitäten und innovative Investitionen.

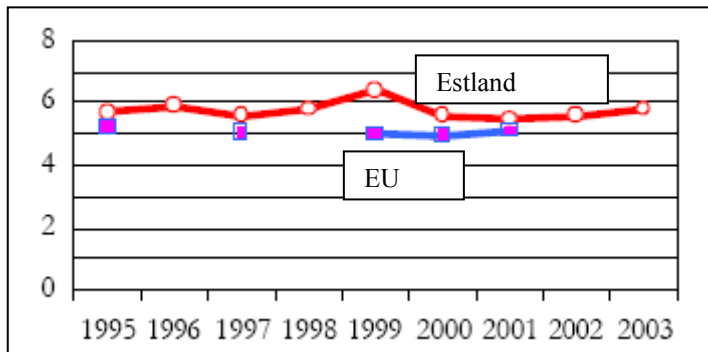
Die Arbeitsgruppe von Wim Kok hat betont, dass etwa 40% des Produktivitätszuwachses mit FuE verbunden sind. Deswegen ist es einerseits sehr wichtig, die eigenen Mittel für FuE weiterhin zu verstärken, andererseits aber auch die Struktur der Auslandsinvestitionen zu beeinflussen. Bisher haben die FDI in Estland hauptsächlich die Kostenvorteile (insbesondere beim Faktor Arbeit) gesucht. Diese Vorteile gehen allmählich verloren. Desto wichtiger ist es jetzt, hier einen attraktiven Standort für hochtechnologische Investitionen auszugestalten. Das ist möglich durch **die Qualität und die kritische Masse der einheimischen FuE**.

Die Regierung plant hier sehr vielseitige Aktivitäten:

- Monitoring des (wirtschaftlichen) Wachstumspotenzials der unterschiedlichen FuE-Bereiche zu starten,
- Staatliche Programme für die Prioritätsbereiche zu finanzieren,
- *Center of Excellence* zu schaffen und zu fördern,
- Infrastruktur für FuE und Hochschulen zu verbessern,
- Internationale Netzwerke (z.B. das 7. Rahmenprogramm) besser auszunutzen,
- Bilaterale internationale Kooperationsverträge zu schließen,
- Kontakte zwischen Hochschulen und Praxis zu stärken, entsprechende Einstellung der Akademiker zu fördern u.a.

Es bleibt nun abzuwarten, wie es gelingt, hier die Eigeninteressen im akademischen und politischen Bereich zugunsten der allgemeinen Entwicklung arbeiten zu lassen. Man darf hier sicher nicht zu blauäugig sein. Insbesondere beim Setzen von Prioritäten treten sicher typische industriepolitische Schwierigkeiten auf. Insgesamt ist aber die Förderung der einheimischen FuE positiv zu beurteilen. Sicher ist auch, dass die wichtigste

Voraussetzung für FuE **das Humankapital** ist. Insgesamt sieht die Lage mit den Bildungsinvestitionen gut aus (Abb. 35), doch bestehen strukturelle Probleme.



Quelle: Eesti majanduskasvu ja tööhõive tegevuskava 2005-2007.

Abb. 35: Die öffentlichen Bildungsausgaben in Estland und der EU (in % des BIP)

Im Jahr 2003 bildeten in Estland die FuE-Beschäftigten von der Gesamtbeschäftigung 1,2% (EU – 1,55%). Man hofft, hier auf 1,45% zu kommen. Es ist aber nur durch geeignete Aktivitäten möglich. Im Aktionsplan stehen speziell die Doktoranden im Vordergrund, um den jungen Wissenschaftlern vor und nach der Promotion bessere Anreize und Arbeitsbedingungen zu sichern. Man versucht hier auch der Gefahr von *brain drain* entgegenzuwirken. Man hofft insbesondere die Leute, die im Ausland promoviert haben, wieder nach Hause zu holen. Man versucht auch das PhD-Studium in Estland etwas zu erweitern, und, was noch wichtiger ist, effizienter zu machen. Im Jahr 2004 haben 428 Doktoranden das Studium aufgenommen und 138 mit der Promotion erfolgreich abgeschlossen.¹⁶ In der Zukunft sollten die Zahlen entsprechend 500 und 300 sein. Mehr Zweifel ruft der Wunsch hervor, spezielle Modelle für die Arbeitsnachfrage zu entwickeln, die dann als Grundlage für die Finanzierung der einzelnen Studiengänge dienen könnten. Es besteht die Gefahr, den strukturellen Änderungen in der Wirtschaft hinterherzulaufen.

Es ist aber sicher nicht nur das Humankapital wichtig. Insbesondere die Unternehmen in der Gründungsphase haben oft **Schwierigkeiten auf dem Kapital- und Kreditmarkt**. Im Jahr 2005 haben noch 21% der Unternehmen das Finanzierungsproblem als das größte Hindernis für ihre Geschäfte eingestuft. Es gibt etwas zu tun auf beiden Seiten des Kapitalmarktes, um diese Zahl auf gewünschte 10% zu drücken. Auf der Angebotsseite sind die Anbieter des Risikokapitals anzulocken und die Kreditinstitute für die Kleinkredite zu interessieren. Auf der Nachfrageseite ist wiederum die Fähigkeit der innovativen Gründer zu erhöhen, um Kontakte zu den Investoren zu entwickeln. Für politischen Diskussionsstoff hat aber der in den letzten Jahren diskutierte Vorschlag gesorgt, eine öffentliche Institution – Estnischer Entwicklungsfonds – zu gründen, um Eigenkapitalinvestitionen den innovativen Gründungen in der Frühphase zu bieten. Im Aktionsplan steht jetzt als Termin das Jahr 2006.

Die Regierung geht aber in ihrem Aktionsplan darüber hinaus und will sich nicht nur auf die Bereitstellung der Produktionsfaktoren für die Unternehmen begrenzen. Sie will auch strukturelle Änderungen gezielt herbeiführen. Glücklicherweise werden eher horizontale Strukturen unter die Lupe genommen. Man will **die estnischen Unternehmen in der Wertschöpfungskette höher bringen**. Und das betrifft nicht nur einzelne HT-

¹⁶ Die Angaben des Bildungs- und Wissenschaftsministeriums

Unternehmen. Um eine breitere gesamtwirtschaftliche Wirkung zu erzielen, sollten auch andere Unternehmen und andere Innovationstypen gefördert werden. Nicht nur die technologische, sondern auch z.B. die Erneuerungen in der Organisation oder im Design in allen Wirtschaftssektoren sind wertvoll und förderungsbedürftig. Man will insgesamt neben der Angebotsseite der Innovationen (Forschung) auch mehr Aufmerksamkeit der Nachfrage und der Anwendung in den Unternehmen widmen. Eine ganze Reihe der Aktivitäten sind geplant:

- Förderung der FuE-Projekte, die neue, auch außerhalb Estlands verwendbare Technologien, Produkte, Dienstleistungen oder Prozesse generieren,
- Unterstützung von Technologiezentren, die langfristige Kooperationen zwischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen ermöglichen,
- Entwicklung der Industrie- und Wissenschaftsparks durch Erweiterung ihrer Dienstleistungen an Gründer,
- Beihilfe für Unternehmen, die mit dem Export beginnen wollen, aber auch entsprechende Bürgschaften,
- Spezielle Beratungsprogramme für die innovativen Gründer,
- Kooperation zwischen dem Staat und Privatunternehmen, um innovative Verwaltungstechnologien (E-Staat) zu exportieren u.a.

Damit will man erreichen, dass die Anzahl der Unternehmen, die neue Produkte auf den Markt gebracht oder neue Technologien angewandt haben, von 36% im Jahr 2002 auf 45% im Jahr 2008 steigt. Die Innovationsausgaben in den Unternehmen sollen von 1,43% des Umsatzes im Jahr 2000 auf 2% im Jahr 2008 steigen. Der EU-Durchschnitt war im Jahr 2000 2,15%. Im Hochtechnologiebereich waren im Jahr 2003 5,7% in Estland tätig, in der EU waren es durchschnittlich 9,8% von allen Beschäftigten. Anteil der Hochtechnologieprodukte am Gesamtexport war im Jahr 2003 entsprechend 9,4 und 17,8%. Die Regierung hofft in beiden Bereichen bis zum Jahr 2008 aufzuholen. Damit hat der Staat wichtige Verantwortung auf sich genommen. Es bleibt nur zu hoffen, dass die estnische Bürokratie reif genug dazu ist.

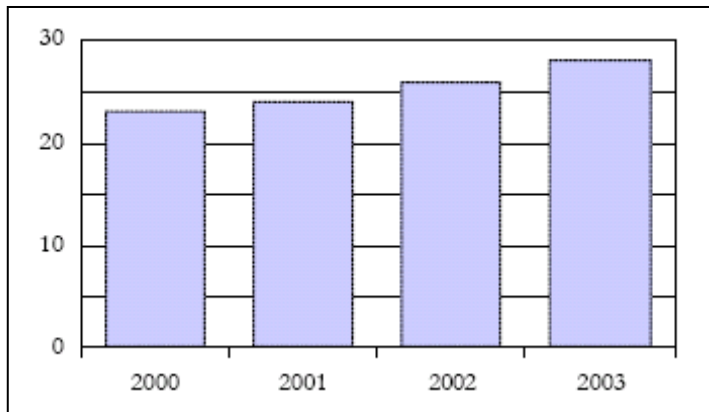
2.2.3. Ziel 5: Förderung des Unternehmertums (*Entrepreneurship*)

Das Unternehmertum wird in der Theorie seit Joseph Schumpeter als eine der wichtigsten Antriebskräfte der Wirtschaft betrachtet. Doch unterscheiden die Gesellschaften sehr bezüglich der realen Verbreitung des Unternehmungsgeistes. Die Faktoren, die dahinter stehen, sind sehr komplex. Doch greifen hier, wie überall beim menschlichen Verhalten, sowohl formelle als auch informelle Institutionen. Einfach gesagt – Gesetze und Kultur. Wobei letzteres viel resistenter gegenüber der Politik ist.

In Estland ist **die Einstellung zum Unternehmertum** trotz der generell individuellen Grundhaltung der Bevölkerung eher konservativ.¹⁷ Nach der Umfrage im Jahr 2004 halten sich nur 9% der Befragten für potenzielle Unternehmer und nur 5% sind in den letzten drei Jahren unternehmerisch tätig gewesen. So steigt auch die Anzahl der aktiven Unternehmen nach den ersten Gründungsjahren langsam – etwa um 6% im Jahr (Abb. 36). Pro 1000 Einwohner gab es nach Angaben des Steuer- und Zollamtes auch im Jahr 2004 28 Unternehmen.¹⁸

¹⁷ Sogar die hochkarätigen Akademiker betrachten manchmal die unternehmerische Tätigkeit als unproduktiv.

¹⁸ Insgesamt sind im Gewereregister etwa 85000 Unternehmen eingetragen, davon sind aber nur 35000 wirtschaftlich aktiv.



Quelle: Eesti majanduskasvu ja tööhõive tegevuskava 2005-2007.

Abb. 36: Anzahl der aktiven Unternehmen in Estland pro 1000 Einwohner

Um die Einstellung gegenüber unternehmerischer und innovativer Tätigkeit zu verbessern, plant die Regierung ein spezielles PR-Programm zu starten. Es sind alle wichtigen Zielgruppen einzubeziehen – vom Politiker bis zum Schüler. Die Unternehmensverbände werden als wichtige Gesprächspartner angesehen. Die wirtschaftliche, insbesondere die unternehmerische Ausbildung sollte ein Bestandteil des Studiums auf jeder Bildungsstufe sein und auch die Fortbildungsmöglichkeiten sollten erweitert werden. So hofft man, die Anzahl der Unternehmen pro 1000 Einwohner bis zum Jahr 2008 auf 32 zu erhöhen.

Neben den informellen Faktoren gestalten sicher auch die Gesetze die Rahmenbedingungen fürs Unternehmertum. Hier gibt es einiges zu tun. **Die gesetzliche Regulierung der Unternehmen** sollte effizient sein – der Nutzen der Regulierung sollte höher sein als die Regulierungskosten. Leider gibt es in Estland schon vor der Verabschiedung der Gesetze sehr wenig theoretische und praktische Kompetenz für entsprechende Analysen. Doch strebt die Regierung hier die *ex ante* Begutachtung aller Gesetzesentwürfe, insbesondere in Hinsicht auf deren Einwirkung auf kleinere und mittlere Unternehmen, die insbesondere anfällig gegenüber bürokratischen Hürden sind, an. Es sind viele konkrete Einzelaktivitäten geplant, um die Regulierungskosten für die Unternehmen zu reduzieren:

- Die Kostenanalyse für die Mehrwertsteuerabwicklung und Berichterstattung gegenüber dem Statistischen Amt sowie dem Steuer- und Zollamt bezüglich der Lohn- und Gehaltsdaten als Pilotprojekte,
- Das Erarbeiten der methodischen Grundlagen für die Wirkungsanalyse und allgemeine Klassifizierung der Rechtsakte nach ihrem wirtschaftlichen Einfluss.

Neben der methodischen Arbeit versucht man auch insbesondere durch Anwendung der Internetverfahren die praktische Arbeit der Unternehmen zu vereinfachen. Z.B. reicht schon heute die Mehrheit der Unternehmen und Einzelpersonen ihre Steuererklärung per Internet ein.

Man hofft aber, dass auch der Zeitaufwand für eine Neugründung sich kürzen lässt. Im Jahr 2005 wurde es auf 45-60 Tage eingeschätzt. Es sollten im Jahr 2008 nicht mehr als 25 Tage sein.

Unterschätzt wird in Estland zur Zeit die staatliche Aufsicht im Rahmen **der Wettbewerbs-, Verbraucherschutz- und Qualitätspolitik**. Im Aktionsplan steht nur knapp eine halbe Seite dazu. Man will hier drei Aktivitäten starten:

- bessere Koordinierung zwischen den unterschiedlichen Aufsichtsbehörden durch ein einheitliches Informationssystem,
- Produktqualitäts- und Haftungsregeln sind den Zielgruppen (sowohl den Unternehmen als auch Konsumenten) näher zu bringen durch entsprechende Informationskampagnen,
- “Proaktive Arbeit” des Wettbewerbsamtes durch Sektorenanalysen zur Wettbewerbslage und die prophylaktische Erhöhung der Wahrnehmung der Unternehmen bezüglich der Wettbewerbsregeln.

Doch wäre es gerade in Estland zu überlegen, ob man überhaupt so viele funktionale und branchenspezifische Aufsichtsbehörden braucht. Ein starkes Wettbewerbsamt könnte hoffentlich auch in allgemeinen wirtschaftspolitischen Diskussionen mehr mitreden.

Neben den institutionellen (formellen und informellen) Voraussetzungen braucht jedes Unternehmen eine **gute technische (physische) Infrastruktur**. Schon im vorherigen Abschnitt wurde die Bedeutung der neuen IKT, insbesondere das Internet hervorgehoben. Es wird weiterhin daran gearbeitet, den Zugang zu diesen Mitteln überall in Estland zu ermöglichen. Es wird im Rahmen des “Entwicklungsplans für die Informationsgesellschaft 2006-2013” eines der Ziele sein. Die zweite Aufgabe besteht sicher in der Verbreitung der öffentlichen E-Dienstleistungen, in der Entwicklung des sog. E-Staates. Heute (2004) sind etwa 75% der Unternehmen mit den öffentlichen E-Leistungen zufrieden, im Jahr 2008 sollten es 80% sein. Es bestehen auch strategische Pläne für andere Infrastrukturbereiche, z.B. für den Transport. Sicher sind hier neue Möglichkeiten durch europäische Strukturfonds geöffnet. Dabei wird aber neben der Verbesserung der Verkehrsmöglichkeiten auch eine strukturelle und logistische Optimierung angestrebt. Doch es ist nicht einfach, die Leute dazu zu bringen, statt Pkw-s öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen. Im Jahr 2004 haben sich nur 29,2% der Bevölkerung als Kunden der öffentlichen Verkehrsmittel ausgegeben. Die Regierung will hier einen bescheidenen Zuwachs auf 30% erreichen.

Zur Infrastruktur könnte man auch **die Energieversorgung** zählen. Das ist in Estland ein Sektor, wo sehr unterschiedliche Interessen und politische Ziele sich treffen - von engen branchenspezifischen Interessen der Ölschieferenergetik bis zu den sicherheitspolitischen Interessen des Staates. Für die Unternehmen in Estland ist es aber wichtig, eine stabile Versorgung mit normalen Marktpreisen zu haben. Dazu wird sicher die weitere Öffnung des Energiemarktes beitragen. Für Elektrizität gilt für Estland in der EU eine Ausnahmeregelung bis zum Jahr 2008. Wobei die technische Verbindung mit den EU-Ländern (außer den baltischen Nachbarn) auch erst im nächsten Jahr durch ein Meereskabel nach Finnland zustande kommt. Auch in der Öffnung des Gasmarktes gibt es einen Rückstand, der sich juristisch sicher lösen lässt, realwirtschaftlich aber kaum. Zu klar ist die Abhängigkeit von Gasprom.

Zusammenfassung

Estland hat nach der Wende, insbesondere seit der Währungsreform im Jahr 1992 eine Wirtschaftspolitik betrieben, die einen Erfolg im internationalen Systemwettbewerb und ein schnelles Wirtschaftswachstum ermöglicht hat. In Europa hat nur Irland vielleicht mehr Erfolg gehabt. Die *Heritage Foundation* setzte Estland im Jahr 2005 auf Platz 4 nach der wirtschaftlichen Freiheit in der Welt.

Doch hat Estland immer noch einen hohen Konvergenzbedarf in der Wirtschaftsleistung gegenüber dem EU-Durchschnitt. Die bisherige ressourcen- und kapitalbasierte Entwicklung hat ihre Grenzen. Estland ist kein Niedrigsteuerland und bald auch kein Niedriglohnland mehr. Für die neue Entwicklungsstufe braucht Estland eine neue Wirtschaftsstrategie und diese ist nach dem EU-Beitritt im Jahr 2004 für den gesamteuropäischen Rahmen zu entwickeln. Es bedeutet, dass auch Estland sich im Lissabon-Prozess durchsetzen und auch in der wissensbasierten Wirtschaft und Gesellschaft wettbewerbsfähig sein soll.

Im Aufsatz wurde festgestellt, dass die Regierung mit ihrem Aktionsplan eine ausgewogene Politik sowohl auf der Makro- als auch Mikroebene entwickelt hat. Auf der Makroebene sind die Ziele und Mittel ordnungspolitisch zweifelsfrei. Die Euro-Einführung und die nachhaltige Fiskalpolitik gewähren einen stabilen wirtschaftlichen Rahmen. Die Mikropolitik ist eher ein Neuland und ruft einige Fragen hervor. Die traditionelle Wettbewerbspolitik bleibt im Hintergrund, vielmehr wird auf die proaktive Technologie- und Innovationspolitik gesetzt. Es ist abzuwarten, ob die estnischen öffentlichen Institutionen reif genug sind, um dieser komplizierten Aufgabe gerecht zu werden.

Literatur

1. **Barbone, L., Zaldueño, J.** EU Accession and Economic Growth. The challenge for Central and Eastern Europe countries. The World Bank, Policy Research Working Paper No 1721, 1996.
2. **Eesti Pank.** Majandusülevaade. Oktoober 2005. Tallinn, 2005.
3. **Eesti Vabariik.** Eesti majanduskasvu ja tööhõive tegevuskava 2005-2007. Lissaboni strateegia rakendamiseks. Tallinn 2005.
4. **Erlei, M., Leschke, M., Sauerland, D.** Neue Institutionenökonomik. Stuttgart: Schäffer-Poeschel, 1999.
5. **Global Competitiveness Report (GCR).** 2002, 2003, 2004.
6. **Gwartney, J., Lawson, R., Block, W.** Economic Freedom of The World: 1975-1995. Vancouver et al.: Fraser Institut et al. 1996
7. **Gwartney, J., Lawson, R.** Economic Freedom of The World: 2004 Annual Report. Vancouver et al.: Fraser Institut et al. 2005
8. **Heritage Foundation (HF).** Index of Economic Freedom. 2005.
9. **Holcombe, R. G.** Public choice and economic growth. – The Elgar Companion to Public Choice. Cheltenham, Northampton. Edward Elgar, 2001, pp 628-644.
10. **Human Development Report (HDR).** 2005.
11. **North, D.** Institutions, Institutional Change and Economic Performance. Cambridge: Cambridge University Press, 1990. In der estnischen Sprache: Institutsioonid, institutsiooniline muutus ja majandusedu. Tartu: Fontese Kirjastus, 2004.

12. **Rajasalu, T.** Indicators of Economic Freedom and Economic Structure as Determinants of Growth and Convergence in Enlarging EU and Priorities for Estonia. – Essays in Estonian Transformation Economics. Tallinn, 2003, pp 7-32.
13. **Romer, P.** Increasing returns and long run growth. – Journal of Political Economy, 94, 1986, pp 1002-1037.
14. **Schumpeter, J. A.** Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. 9. Aufl. Berlin, 1997.
15. **Scully, W. G.** Institutions, policy, and economic growth. – The Elgar Companion to Public Choice. Cheltenham, Northampton: Edward Elgar, 2001, pp 611-627.
16. **Trabold, H.** Die internationale Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft. – Vierteljahresheft zur Wirtschaftsforschung. Berlin: Dunker & Humboldt, 64(2), 1995, S. 169-185.
17. **Transparency International.** Korruptionswahrnehmungsindex. 2004.
18. **Varblane, U., Vahter, P.** An Analysis of the Economic Convergence Process in the Transition Countries. Working Papers No. 37, Tartu: Tartu Ülikooli Kirjastus, 2005
19. **Voigt, S.** Values, Norms, Institutions and the Prospect for Economic Growth in Central and Eastern Europe. – The Economics of Property Rights II. The International-Library of Critical Writings in Economics. Cheltenham: Elgar, 2001, pp 303-337.
20. **Voigt, S.** Institutionenökonomik. Neue Ökonomische Bibliothek. München: Wilhelm Fink Verlag, 2002.
21. **World Competitiveness Yearbook (WCY).** 2004, 2005.
22. **Wrobel, R.** Estland und Europa: Die Bedeutung des Systemwettbewerbs für die Evolution und Transformation von Wirtschaftssystemen. Tartu: Tartu Ülikooli Kirjastus, 2000.
23. **Wrobel, R.** Transformation als Grenzfall langfristigen Wandels: Aspekte einer klassisch-evolutionären Theorie der Systemtransformation. Tartu: Tartu Ülikooli Kirjastus, 2001.

Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald

Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät Wirtschaftswissenschaftliche Diskussionspapiere

Bisher erschienen:

- 1/97 Ole Janssen/Carsten Lange: „Subventionierung elektronischer Geldbörsen durch staatliche Geldschöpfungsgewinne“
- 2/97 Bernd Frick: „Kollektivgutproblematik und externe Effekte im professionellen Team-Sport: 'Spannungsgrad' und Zuschauerentwicklung im bezahlten Fußball“
- 3/97 Frauke Wilhelm: „Produktionsfunktionen im professionellen Mannschaftssport: Das Beispiel Basketball-Bundesliga“
- 4/97 Alexander Dilger: „Ertragswirkungen von Betriebsräten: Eine Untersuchung mit Hilfe des NIFA-Panels“
- 1/98 Volker Ulrich: „Das Gesundheitswesen an der Schwelle zum Jahr 2000“
- 2/98 Udo Schneider: „Der Arzt als Agent des Patienten: Zur Übertragbarkeit der Principal-Agent-Theorie auf die Arzt-Patient-Beziehung“
- 3/98 Volker Ulrich/Manfred Erbsland: „Short-run Dynamics and Long-run Effects of Demographic Change on Public Debt and the Budget“
- 4/98 Alexander Dilger: „Eine ökonomische Argumentation gegen Studiengebühren“
- 5/98 Lucas Bretschger: „Nachhaltige Entwicklung der Weltwirtschaft: Ein Nord-Süd-Ansatz“
- 6/98 Bernd Frick: „Personal-Controlling und Unternehmenserfolg: Theoretische Überlegungen und empirische Befunde aus dem professionellen Team-Sport“
- 7/98 Xenia Matschke: „On the Import Quotas on a Quantity-Fixing Cartel in a Two Country-Setting“
- 8/98 Tobias Rehbock: „Die Auswirkung der Kreditrationierung auf die Finanzierungsstruktur der Unternehmen“
- 9/98 Ole Janssen/Armin Rohde: „Einfluß elektronischer Geldbörsen auf den Zusammenhang zwischen Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, Geldmenge und Preisniveau“
- 10/98 Stefan Degenhardt: „The Social Costs of Climate Change: A Critical Examination“
- 11/98 Ulrich Hampicke: „Remunerating Conservation: The Faustmann-Hartmann Approach and its Limits“

- 12/98 Lucas Bretschger: „Dynamik der realwirtschaftlichen Integration am Beispiel der EU-Osterweiterung“
- 13/98 Heiko Burchert: „Ökonomische Evaluation von Telematik-Anwendungen im Gesundheitswesen und Schlußfolgerungen für ihre Implementierung“
- 14/98 Alexander Dilger: „The Absent-Minded Prisoner“
- 15/98 Rainer Leisten: „Sequencing CONWIP flow-shops: Analysis and heuristics“
- 1/99 Friedrich Breyer/Volker Ulrich: „Gesundheitsausgaben, Alter und medizinischer Fortschritt: eine ökonomische Analyse“
- 2/99 Alexander Dilger/Bernd Frick/Gerhard Speckbacher: „Mitbestimmung als zentrale Frage der Corporate Governance“
- 3/99 Paul Marschall: „Lebensstilwandel in Ostdeutschland: Ansatzpunkte für gesundheitsökonomische Analysen“
- 4/99 Lucas Bretschger: „On the predictability of knowledge formation: the tortuous link between regional specialisation and development“
- 5/99 Alexander Dilger: „Betriebsratstypen und Personalfuktuation: Eine empirische Untersuchung mit Daten des NIFA-Panels“
- 6/99 Claudia Werker: „Market Chances of Innovative Firms from Transition Countries in Interregional Markets“
- 7/99 Udo Schneider: „Ärztliche Leistung und Compliance des Patienten - der Fall des Double Moral Hazard“
- 1/00 Florian Buchner/Jürgen Wasem: „Versteilerung der alters- und geschlechts-spezifischen Ausgabenprofile von Krankenversicherern“
- 2/00 Lucas Bretschger: „Konvergenz der europäischen Regionen“
- 3/00 Armin Rohde/Ole Janssen: „EU-Osterweiterung: Ist ein schneller Beitritt zur Europäischen Währungsunion für Estland sinnvoll?“
- 4/00 Lembo Tanning: „Schätzkriterien des Außenhandels zwischen der Europäischen Union und mittel- und osteuropäischen Ländern“
- 5/00 Frank Hettich/Carsten Schmidt: „Deutschland, ein Steuermärchen?“
- 6/00 Cornelia Kerim-Sade/Alexander Crispin/Jürgen Wasem: „An External control of Validity of the German EuroQol-5D Questionnaire“
- 7/00 Lucas Bretschger/Frank Hettich: „Globalisation, Capital Mobility and Tax Competition: Theory and Evidence for OECD Countries“

- 8/00 Frank Hettich: „The Implications of International Cooperations for Economic Growth, Environmental Quality and Welfare“
- 9/00 Alexander Dilger: „The Market is Fairer than Bebhuk’s Scheme“
- 10/00 Claudia Werker: „Market Performance and Competition: A Product Life Cycle Model“
- 11/00 Joachim Schwerin: „The Dynamics of Sectoral Change: Innovation and Growth in Clyde Shipbuilding, c. 1850-1900“
- 12/00 Lucas Bretschger/Sjak Smulders: „Explaining Environmental Kuznets Curves: How Pollution Induces Policy and New Technologies“
- 13/00 Franz Hessel: „Wertigkeit der Augeninnendruckmessung mittels Non-contract Tonometrie durch Augenoptiker in Deutschland. Eine Kosten-Wirksamkeits-Analyse“
- 14/00 Lucas Bretschger: „Internationaler Handel im Ostseeraum - sozioökonomische Hintergründe“
- 15/00 Hans Pechtl: „Die Kongruenzhypothese in der Geschäftsstättenwahl“
- 01/01 Joachim Prinz: „Why Do Wages Slope Upwards? Testing Three Labor Market Theories“
- 02/01 Armin Rohde/Ole Janssen: „Osteuropäische Currency Board-Länder und die optimale Integrationsstrategie in die Europäische Währungsunion am Beispiel Estlands“
- 03/01 Lucas Bretschger: „Wachstumstheoretische Perspektiven der Wirtschaftsintegration: Neuere Ansätze“
- 04/01 Stefan Greß, Kieke Okma, Franz Hessel: „Managed Competition in Health Care in The Netherlands and Germany – Theoretical Foundation, Empirical Findings and Policy Conclusion“
- 05/01 Lucas Bretschger: “Taking Two Steps to Climb onto the Stage: Capital Taxes as Link between Trade and Growth“
- 06/01 Udo Schneider: “Ökonomische Analyse der Arzt-Patient-Beziehung: Theoretische Modellierung und empirische Ergebnisse“
- 07/01 Paul Marschall: „Lernen und Lebensstilwandel in Transformationsökonomien“
- 08/01 Thomas Steger: „Stylised Facts of Economic Growth in Developing Countries“
- 09/01 Hans Pechtl: “Akzeptanz und Nutzung des B-Commerce im B2C. Eine empirische Analyse“

- 10/01 Hannes Egli: „Are Cross-Country Studies of the Environmental Kuznets Curve Misleading? New Evidence from Time Series Data for Germany”
- 01/02 Stefan Greß, Kieke Okma, Jürgen Wasem: „Private Health Insurance in Social Health Insurances Countries – Market Outcomes and Policy Implications”
- 02/02 Ole Janssen, Armin Rohde: “Monetäre Ursachen der Arbeitslosigkeit in Currency Board-Systemen?”
- 03/02 Alexander Dilger: „Never Change a Winning Team – An Analysis of Hazard Rates in the NBA“
- 04/02 Thomas Steger: “Transitional Dynamics in R&D-based Models of Endogenous Growth”
- 05/02 Franz Hessel, Eva Grill, Petra Schnell-Inderst, Jürgen Wasem: “Modelling costs and outcomes of newborn hearing screening”
- 06/02 Veronica Vargas, Jürgen Wasem: “Using selected diagnoses to improve the Chilean Capitation formula”
- 07/02 Susann Kurth: “Die mittel- und osteuropäische EU-Beitrittskandidaten auf dem Weg in die EU: Eine Bestandsaufnahme und Analyse der Kriterien von Maastricht“
- 08/02 Roland Rollberg: „16 Fälle kostenminimaler Anpassung eines Aggregats bei im Zeitablauf konstanter Intensität“
- 09/02 Jüri Sepp: „Estlands Wirtschaftspolitik im Rahmen der Koordinationsanforderungen der EU“
- 01/03 Ole Janssen: „Vergleich zwischen Currency Board-System und Standard Fix-System“
- 02/03 Mart Sörg: „Reformation of the Estonian Banking System“
- 03/03 Bert Kaminski: „Aktuelle steuerliche Neuregelungen und deren Auswirkungen auf unternehmerische Entscheidungen – unter besonderer Berücksichtigung des Steuervergünstigungsabbaugesetzes vom 11. April 2003“
- 04/03 Stefan Mirschel, Roland Rollberg, Ulrich Steinmetz: „Technologische Fundierung der Produktionsfunktion vom Typ D mit Hilfe von Verbrauchs- und Erzeugungsfunktionen“
- 05/03 Heiko Kay Xander: “Evolutionäre Optimierung mit MUTABA (Mutativ-Biologischer Algorithmus) Version 2.1”
- 06/03 Michael Lerm, Roland Rollberg: “Ellipsenverfahren zur betriebsübergreifenden simultanen Losgrößen- und Bestellmengenplanung“

- 07/03 Bert Kaminski, Günther Strunk: „Anmerkungen zum Entwurf der „Gewinnabgrenzungsaufzeichnungsverordnung“ GAufzV vom 11. August 2003 (BR-Drucks. 583/03)“
- 08/03 Jan Körnert, Jan Hendrik Abendroth, Marén Holdschick u. Robert Straßner: „Internationale Preisindexanleihen als Instrument zum Schutz vor Inflation und zum Schätzen von Inflationserwartungen“
- 09/03 Robert Straßner u. Jan Körnert: „Strategische Allianzen als betriebswirtschaftliches Konzept zur strategischen Unternehmensführung“
- 10/03 Jan Körnert, Bernd Nolte u. Marén Holdschick: „Neuere Entwicklungen im italienischen Bankensystem“
- 11/03 Jan Körnert: „Empirische Befunde zur Balanced Scorecard: Umsetzungsstand und Konsequenzen“
- 01/04 Hans Pechtl: „Das Preiswissen von Konsumenten. Eine theoretisch-konzeptionelle Analyse“
- 02/04 Cornelia Wolf, Jan Körnert: „Stakeholder Scorecard versus Balanced Scorecard“
- 03/04 Stefan Mirschel, Heinz-Eckart Klingelhöfer, Michael Lerm: „Bewertung von Stimmrechtsänderungen“
- 04/04 Matti Raudjärv: „Wirtschaftspolitische Ziele und marktwirtschaftliche Transformation in Estland“
- 05/04 Matti Raudjärv: „Unternehmensgründung und -tätigkeit in Estland: Einige wirtschaftspolitische Aspekte“
- 06/04 Jan Körnert, Robert Straßner: „Schwedens Bankenkrise und das Rating von Nordbanken und Gota Bank in den 1990er Jahren“
- 07/04 Stefan Mirschel, Michael Lerm: „Zur Interpretation der Dualvariable der Mindestzielfunktionswertrestriktion im Zustandsgrenzpreismodell“
- 08/04 Ralf Döring: „Wie stark ist schwache, wie schwach starke Nachhaltigkeit?“
- 09/04 Bert Kaminski: „Anmerkungen zum Entwurf der „Verwaltungsgrundsätze-Verfahren“ vom 18. Oktober 2004“
- 10/04 Hans Pechtl: „Definitions- und Wirkungsbereiche des decoy-Effekts - Eine empirisch-explorative Untersuchung“
- 11/04 Mart Sörg: „Estonian Monetary System: Reconstruction, Performance, and Future Prospects“
- 01/05 Jan Körnert: „Balanced Scorecard-Perspektiven für die Kreditwirtschaft“

- 02/05 Marcus Bysikiewicz; Manfred J. Matschke; Gerrit Brösel: „Einige grundsätzliche Bemerkungen zur Entscheidungswertermittlung im Rahmen der Konfliktsituation vom Typ der Spaltung“
- 03/05 Jan Körnert, Fabiana Rossaro: „Ermittlung des Eigenkapitalbeitrags in der Marktzinsmethode bei zwei Engpässen“
- 04/05 Cornelia Wolf: „Ansätze zum Anspruchsgruppenmanagement in Studentenwerken“
- 05/05 Matti Raudjärv: „Einige wesentliche wirtschaftspolitische Aktivitäten Estlands auf dem Weg in die Europäische Union“
- 06/05 Manfred Jürgen Matschke: „Bemerkungen zur regionalwirtschaftlichen Bedeutung der Studenten in Mecklenburg-Vorpommern“
- 07/05 Hans Pechtl: Die“value-shift“-Erklärung im Attraktionseffekt